



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 1

Januar 1967

Grafik des Monats: Fremdenübernachtungen (Karte)

Aufsätze: Verschuldung der Gemeinden
Verbrauch in Bauernhaushalten
Realkreditinstitute
Krankenversicherung

Kurzberichte: Rentenversicherung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT

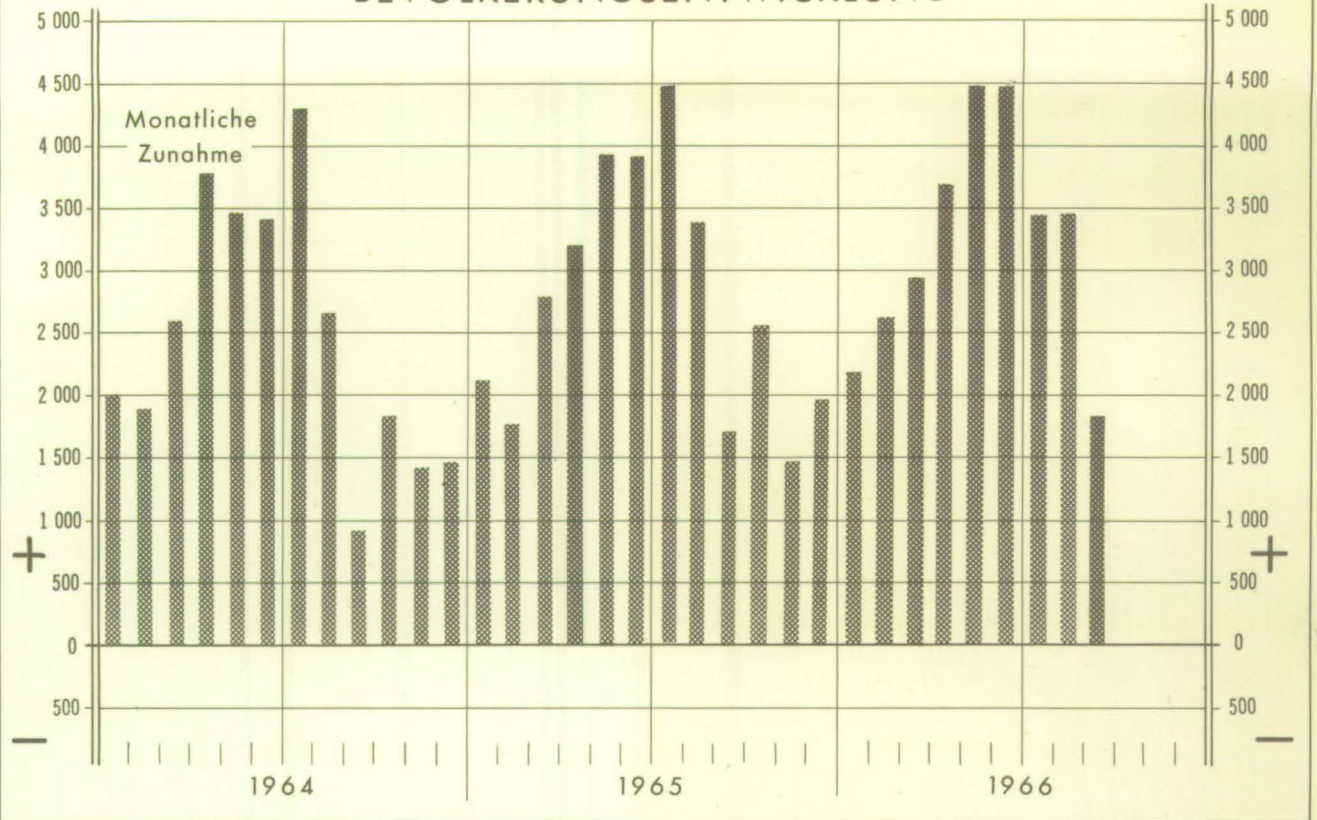


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

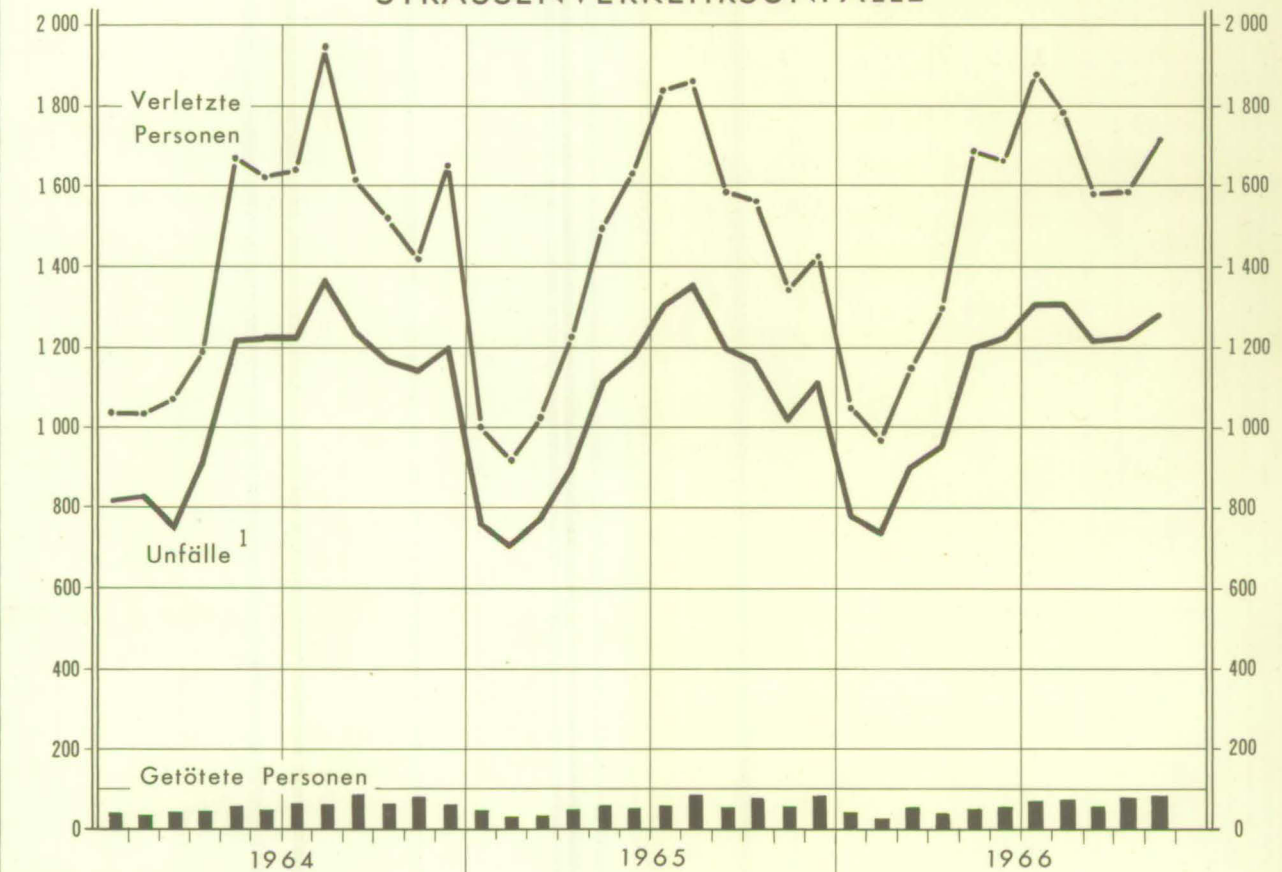
V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 3640

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE



1) nur Unfälle mit Personenschaden

INHALT 1/67

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aus dem Inhalt	2- 3
Aufsätze	
Die Verschuldung der Gemeinden seit 1955 .	4- 9
Der Verbrauch in Haushalten von Landwirten	10-14
Die Realkreditinstitute im 1. Halbjahr 1966 .	15-17
Die landesunmittelbaren Krankenkassen 1961 bis 1965	17-23
Kurzberichte	
Soziale Rentenversicherung 1962 bis 1965 .	23-24
Grafik des Monats	12-13
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A – allgemein – .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1966

Industriezensus 1963
Mitglieder der kommunalen Vertretungen 1966
Meldepflichtige Krankheiten 1965

Heft 9/1966

Methode der Bevölkerungsfortschreibung
Schüler 1966
Begrenzung des Wohngeldes
Personal im öffentlichen Dienst
Verbraucherpreise 1962 - 1965

Heft 10/1966

Industriezensus 1963 (Betriebe)
Straßenverkehrsunfälle 1965
Spareinlagen 1963 - 1965
Kinderzahl und Lebenshaltung

Heft 11/1966

Industriezensus 1963 (Teil 3)
Feldfruchtanbau 1966
Zahlungsschwierigkeiten
Baulandmarkt 1965
Verdienste
Ausländer 1966
Wechselproteste 1951 - 1965

Heft 12/1966

Die Frau in Wirtschaft und Gesellschaft
Landwirtschaft
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit
Krankenhäuser 1965



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 1

Januar 1967

Aktuelle Auslese

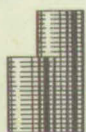


Beschäftigtenstand in der Industrie ist noch hoch

Das industrielle Beschäftigungsniveau lag in Schleswig-Holstein, wenn der durchschnittliche Beschäftigtenstand von Januar bis Oktober 1966 zugrunde gelegt wird, noch um 0,5 % über dem entsprechenden Stand des Vorjahres. Die Umsätze nahmen in diesem Zeitraum um 5,6 % zu. Von September auf Oktober 1966 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten – früher als saisonüblich – um rund 1 300 Erwerbstätige, das sind 0,7 %.

Produktionsausweitung nicht ganz so stark wie im Vorjahr

Das Volumen der industriellen Gütererzeugung lag im Zeitraum Januar bis Oktober 1966 in Schleswig-Holstein um 2,6 % höher als in der gleichen Vorjahresperiode. Vor einem Jahr hatte die entsprechende Zuwachsrate noch 4,5 % betragen. Hauptursache für die verminderte Produktionsausweitung ist die rückläufige Erzeugung von Grundstoffen und Produktionsgütern (- 2 %). Die Konjunkturabschwächung ist in Schleswig-Holstein bisher nicht so stark wirksam geworden wie im Bundesgebiet, wo der Index der industriellen Produktion nur noch um 1,8 % anstieg. Hier gingen die dämpfenden Einflüsse von der Einschränkung im Investitionsgüterbereich aus.



176 Mill. DM Schlüsselzuweisungen

Im Jahre 1967 erhalten die Gemeinden und Kreisverwaltungen Schleswig-Holsteins fast 176 Mill. DM Schlüsselzuweisungen; das sind beinahe 17 Mill. DM oder ein Zehntel mehr als 1966. Von den Schlüsselzuweisungen entfallen auf die kreisfreien Städte 18 %, auf die kreisangehörigen Gemeinden 46 % und

auf die Kreisverwaltungen 36 %. Von den 1 381 Gemeinden bekommen 1967 1 311 (95 %) Schlüsselzuweisungen.



Weitere Zunahme des Fremdenverkehrs

Im Sommerhalbjahr 1966 wurden in den Beherbergungsbetrieben und Privatquartieren der 143 schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrsorte 1,51 Mill. Fremdenmeldungen und 12,22 Mill. Fremdenübernachtungen ermittelt. Gegenüber dem Sommerhalbjahr 1965 stiegen die Fremdenmeldungen um 3 % und die Fremdenübernachtungen um 6 %.

In den einzelnen Monaten des Sommerhalbjahres war die Entwicklung der Fremdenübernachtungen gegenüber 1965 sehr unterschiedlich. Während 1966 die Zahl der Übernachtungen im April (+ 2 %) und Mai (+ 21 %) höher war als im Vorjahr, blieb sie im Juni (- 2 %) darunter. In den Hauptreisemonaten Juli (+ 3 %) und August (+ 12 %) fällt die starke Zunahme der Übernachtungen im August auf, die zum Teil auf die geänderte Ferienordnung in Nordrhein-Westfalen zurückzuführen sein dürfte. Im September brachte das schöne Wetter noch einen Anstieg der Übernachtungen um 15 % gegenüber 1965.



Mehr Rinder, weniger Schweine

Anfang Dezember 1966 wurden in Schleswig-Holstein 1,39 Mill. Rinder und 1,69 Mill. Schweine gezählt. Im abgelaufenen Jahr haben rund 1 000 Viehhalter die Rindviehhaltung aufgegeben. Dennoch ist der Rinderbestand gegenüber Dezember 1965 um fast 1 % gewachsen. Der Schweinebestand war dagegen um knapp 1 % kleiner als bei der gleichen Zählung des Vorjahres.

Aus dem Inhalt

Verschuldung der Gemeinden

Seite 4

Die jährliche Schuldenaufnahme der schleswig-holsteinischen Gemeinden hat sich seit 1955, als sie 69 Mill. DM ausmachte, reichlich verdreifacht. Da die Schuldentilgung nicht im selben Umfang gestiegen ist, hat sich der Schuldenstand in der gleichen Zeit mehr als verfünffacht. Auf den Einwohner umgerechnet bedeutet das eine Erhöhung von 94 DM Ende März 1955 auf 478 DM Ende Dezember 1965. Mit diesen Beträgen lag Schleswig-Holstein 1955 noch leicht über dem Bundesdurchschnitt (92 DM), heute liegt es um 33 DM unter dem Bundesdurchschnitt von 511 DM. Die Zahl der verschuldeten Gemeinden hat sich ebenfalls erhöht. Während 1955 noch fast 500 oder gut ein Drittel der Gemeinden Schleswig-Holsteins unverschuldet waren, sind es heute nur wenig mehr als 100 oder knapp ein Zehntel. Die vorstehenden Aussagen beziehen sich alle auf die fundierten Neuschulden; das sind die nach der Währungsreform 1948 aufgenommenen Schulden. Neben diesen Schulden spielen die Altschulden, die Kassenkredite und die innere Verschuldung nur eine unbedeutende Rolle.

Die Finanzierungsquellen der Gemeinden haben sich in den letzten Jahren stark geändert. 1955 setzten sich die Neuschulden der Gemeinden zu mehr als der Hälfte aus Mitteln von Gebietskörperschaften zusammen und nur zu einem Drittel aus Mitteln vom Kreditmarkt. Heute spielen die Kreditmarktmittel eine überragende Rolle. Sie machen fast drei Viertel des Schuldenstandes aus. Dabei wächst der Anteil der Kreditmarktschulden mit steigender Gemeindegröße. In der Verwendung der Kredite haben sich in den letzten zehn Jahren keine wesentlichen Verschiebungen ergeben. Nach wie vor werden drei Zehntel der aufgenommenen Gelder an die Wirtschaftsunternehmen vergeben. An die zweite Stelle ist allerdings die Stadtentwässerung getreten. Dadurch ist der Verwaltungszweig "Straßen, Wege, Brücken", der 1955 an zweiter Stelle lag, auf den dritten Platz zurückgedrängt worden.

Der Anteil der unrentierlichen Schulden, dessen Schuldendienst den ordentlichen Haushalt voll belastet, an der gesamten Neuverschuldung hat sich im vergangenen Jahrzehnt vermindert, und zwar von der Hälfte auf vier Zehntel. Im Bundesgebiet macht er unvermindert vier Zehntel aus. Der Betrag hat sich – je Einwohner berechnet – im Bundesdurchschnitt von 37 DM auf 209 DM mehr als verfünffacht und in Schleswig-Holstein von 46 DM auf 191 DM reichlich vervierfacht.

Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen Gemeinden ist stärker gestiegen als ihre Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen. 1955 mußten die Gemeinden 5,3 % ihrer Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen für den Schuldendienst der unrentierlichen Schulden bereitstellen, Ende 1965 waren es schon fast doppelt soviel, nämlich 9,5 %.

Verbrauch in Bauernhaushalten

Seite 10

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 hat auch Unterlagen über den Verbrauch in Haushalten von selbständigen Landwirten erbracht. Die Auswertung dieser Unterlagen, die für das Bundesgebiet gelten, hat ergeben, daß die Ausgabenstruktur der landwirtschaftlichen Haushalte im Durchschnitt anders aussieht als die von Haushalten, die anderen sozialen Schichten angehören. Die landwirtschaftlichen Haushalte hatten einen sehr hohen Verbrauch an Nahrungs- und Genußmitteln, und zwar vor allem von solchen, die sie selber erzeugen. In allen anderen Bedarfsgruppen hatten die Haushalte von selbständigen Landwirten dagegen geringere durchschnittliche Ausgaben als gleich große Haushalte von Arbeitnehmern und übrigen Selbständigen.

Realkreditinstitute

Seite 15

Das Geschäft der Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein verlief im ersten Halbjahr 1966 nicht besonders erfolgreich. Der Erstabatz von Schuldverschreibungen erreichte nur 42 Mill. DM. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 84 Mill. DM und im ersten Halbjahr 1964 sogar 108 Mill. DM gewesen. Besonders stark zurückgegangen ist der Erstabatz von Kommunalobligationen. Er spiegelt die angespannte Finanzlage der Gemeinden wider, die infolge der hohen Zinssätze und der schwächer steigenden Einnahmen sich nicht mehr im bisherigen Umfang verschulden können. Die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes wird aber nicht allein durch den Erstabatz bestimmt, sondern muß zusammen mit den Tilgungen bewertet werden. In den ersten sechs Monaten 1966 hatten die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein nur für 1,2 Mill. DM festverzinsliche Wertpapiere getilgt. Im ersten Halbjahr 1965 dagegen hatten die Rückzahlungen von Wertpapieren 18,1 Mill. DM betragen.

Bedingt durch den mäßigen Nettoabsatz erhöhte sich der Umlauf an Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Boden- und Kommunalkreditinstitute seit Januar 1966 um 3 % und wurde Ende Juni 1966 mit 1,45 Mill. DM ausgewiesen. Demgegenüber hatten sich in den Vergleichszeiträumen der Jahre 1965 und 1964 Zuwachsraten von 5 % und 10 % ergeben.

In der Zeit von Januar bis Juni 1966 wurden von den Boden- und Kommunalkreditinstituten in Schleswig-Holstein Kredite in Höhe von 262 Mill. DM – ohne Einbeziehung der Rückflüsse – neu gewährt. Im Vergleich zum mageren Emissionserlös in der gleichen Zeit ist das Beleihungsgeschäft nicht ganz so unbefriedigend gewesen.

Wenn auch das Ergebnis der Neuausleihe erheblich unter dem des vorangegangenen Halbjahres lag, so war es dennoch günstiger als in den ersten Jahreshälften 1965 und 1964. Der Gesamtbestand an langfristigen Ausleihungen betrug Ende Juni 1966 3,2 Mrd. DM einschließlich 800 Mill. DM durchlaufender Mittel und war somit um 116 Mill. DM höher als zu Jahresbeginn.

Krankenversicherung

Seite 17

Die Mitgliederzahl aller landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins belief sich im Jahresdurchschnitt 1965 auf 738 000. Davon waren 441 000 Pflichtmitglieder, 190 000 pflichtversicherte Rentenbezieher und -bewerber und 107 000 freiwillige Mitglieder. Rechnet man die Familienmitglieder hinzu, so sind in Schleswig-Holstein schätzungsweise 1 ¼ Mill. Personen oder 50 % der Bevölkerung von den landesunmittelbaren Krankenkassen betreut worden. Drei Fünftel aller Mitglieder waren Männer, zwei Fünftel Frauen. Dieses Verhältnis änderte sich in den letzten Jahren nicht. Bei den Pflichtmitgliedern überwogen 1965 die Männer, und zwar hatten sie einen Anteil von 71 % aller Pflichtmitglieder. Bei den Rentnern hatten die Frauen den größeren Anteil mit 60 %. Auf 100 freiwillige Mitglieder entfielen 57 Männer. Bei den männlichen Pflichtmitgliedern war die Altersgruppe der 25- bis 34-jährigen mit 28 % am stärksten besetzt. Die durchschnittliche Kassengröße war bei den einzelnen Kassenarten sehr verschieden; die durchschnittliche Mitgliederzahl je Kasse betrug 1961 und 1965 bei sämtlichen Kassenarten 13 200 Mitglieder. Bei den Ortskrankenkassen lag diese Durchschnittszahl jedoch bei 26 700 Mitgliedern. Der Personalstand der landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins hat sich in den letzten Jahren erhöht und umfaßte am Jahresende 1965 1 695 Personen. Hiervon entfielen gut neun Zehntel auf das Verwaltungspersonal, der Rest auf Krankenbesucher, Fürsorger und übriges Personal. Bei allen Kassen zusammen haben sich im

Jahre 1965 gegenüber 1961 Rückgänge in der Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage sowie der Krankenhaussfälle und -tage ergeben. Die Arbeitsunfähigkeitsfälle der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder sind von 387 000 im Jahre 1961 auf 384 000 im Jahre 1965 gesunken. Die Krankheitshäufigkeit betrug sowohl 1961 als auch 1965 70 Arbeitsunfähigkeitsfälle auf 100 Mitglieder. Die ausgewiesenen Arbeitsunfähigkeitsfälle verursachten 1961 8,46 Mill. Arbeitsunfähigkeitstage, 1965 8,42 Mill. (- 0,5 %). Ein Arbeitsunfähigkeitsfall dauerte in jedem der beiden Vergleichsjahre bei Männern 22 und bei Frauen 23 Tage.

Unter den Arbeitsunfähigkeitsfällen der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder gab es 1965 44 000 Krankenhaussfälle. Das entspricht einem Anteil an den Arbeitsunfähigkeitsfällen von 11 %. Von allen Arbeitsunfähigkeitsfällen sind demnach fast neun Zehntel ambulant behandelt worden. Da die Frauen 1965 je 100 Mitglieder 204 Krankenhaustage aufweisen, während die Männer nur auf 147 kamen, und da die Frauen je Krankenhausfall kürzer im Krankenhaus waren als die Männer, ergibt sich, daß sie pro Jahr öfter im Krankenhaus gewesen sein müssen als die Männer, obwohl der Krankenhausaufenthalt anlässlich von Entbindungen hier nicht mitgezählt ist.

Rentenversicherung

Seite 23

Die Zahl der Renten hat sich in der Nachkriegszeit ständig erhöht. Während 1962 in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der 12 Monate 322 000 Sozialrenten liefen, waren es 1965 337 000. Dabei entwickelten sich die einzelnen Rentenarten unterschiedlich. Von 1962 bis 1965 stieg sowohl die Zahl der Versichertenrenten als auch die der Witwen- und Witwerrenten, während die der Waisenrenten fiel. Der Rentenaufwand wuchs von 649 Mill. DM im Jahre 1962 auf 868 Mill. DM im Jahre 1965. Die durchschnittliche Rentenhöhe pro Jahr betrug im Durchschnitt aller Renten 1962 2 013 DM und 1965 2 574 DM.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt.

Die Verschuldung der Gemeinden seit 1955

Sind die schleswig-holsteinischen Gemeinden überschuldet?

Viele Anzeichen, die sich in der letzten Zeit häufen, lassen die Frage aufkommen, ob die schleswig-holsteinischen Gemeinden überschuldet sind: Der Schuldenstand der schleswig-holsteinischen Gemeinden hat sich in den letzten zehn Jahren verfünffacht; besonders in den letzten Jahren stieg die Verschuldung ziemlich stark; die Schuldenaufnahme war 1965 mehr als dreimal so hoch wie 1955; die Zins- und Tilgungsleistungen, die dafür jährlich aufgebracht werden müssen, haben sich etwa verdreifacht; die Einnahmen aus Gemeindesteuern haben sich demgegenüber nur reichlich verdoppelt und ihre Zuwachsraten sind zudem rückläufig; der Anteil der Kreditmarktverschuldung hat sich seit 1955 von einem Drittel auf fast drei Viertel erhöht; die kommunalen Investitionen werden in immer stärkerem Umfang durch Fremdmittel finanziert; das Investitionsvolumen wurde 1966 in den Haushalten eingeschränkt, zum Teil sogar - wie im Fall Kiel - durch einen Nachtragshaushalt nachträglich gekürzt.

Auf den ersten Blick eine beunruhigende Entwicklung. Aber ist sie es wirklich? Die Verschuldung ist ein legitimes und auch ökonomisches Finanzierungsinstrument der Gemeinden. Die Gemeindeordnung erlaubt den Gemeinden zur Bestreitung eines unaufschiebbaren Bedarfs, Darlehen aufzunehmen, sofern für die erforderlichen Investitionen nicht genügend andere Mittel zur Verfügung stehen und wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Zweifellos bestand bei den Gemeinden ein großer Nachholbedarf an Investitionen, der in den ersten Nachkriegsjahren wegen der schlechten Kapitalmarktlage nicht befriedigt werden konnte. In Schleswig-Holstein kam noch die Zwangslage durch die hohe Flüchtlingszahl dazu. Mit dem Wiedererstarken des Kapitalmarktes und dem rapiden Wirtschaftswachstum konnten sich die Gemeinden den Forderungen nach besseren Verkehrsverbindungen, Schulen u. ä. nicht entziehen. Daher wuchs der Anteil der Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben von knapp einem Viertel im Jahre 1955 auf gut drei Zehntel im Jahre 1965 und damit zwangsläufig die Verschuldung. Auch finanzwirtschaftlich ist eine Finanzierung der Investitionen mit Krediten durchaus angebracht, ja sogar begrüßenswert, da die Investitionen zur Steigerung der Wirtschaftskraft einer Gemeinde beitragen. Nur eines muß dabei - neben der Gesamtwirtschaftslage - beachtet werden: ob die Gemeinde jetzt und später

den Schuldendienst tragen kann. Dafür die Grenze festzulegen ist sehr schwierig, da es im Einzelfall nicht genügt, eine Relation beispielsweise zwischen der Steuerkraft und dem Schuldendienst zu bilden. Vielmehr muß außerdem berücksichtigt werden, ob wachstumsintensive Betriebe vorhanden sind oder ob sie mit Hilfe der durch Kredite zu finanzierenden Investitionen herangezogen werden, ob die Hebesätze noch erhöhungs-fähig sind, und ähnliche Überlegungen. Da die Gemeinden dies nach der Gemeindeordnung und anderen Vorschriften bei ihren Planungen berücksichtigen müssen und ihre Angaben außerdem von den Kommunal-aufsichtsbehörden geprüft werden, kann es zu einer Überschuldung der Gemeinden nicht kommen. Es scheinen aber einige Gemeinden die Verschuldungsgrenze erreicht zu haben. Da die Beurteilungsmöglichkeiten, wie oben angedeutet, zu komplex sind, als daß sie sich zahlenmäßig genau erfassen lassen, kann von der Statistik her nur über die Höhe der Verschuldung und die Auswirkungen auf die Haushalte etwas ausgesagt werden, nicht aber darüber, ob die Verschuldung zu hoch ist.

Die Neuschulden der schleswig-holsteinischen Gemeinden

Die fundierten Neuschulden - das sind die nach der Währungsreform 1948 aufgenommenen Schulden ohne Kassenkredite - der kreis-angehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte beliefen sich am Jahresende 1965 auf 1,16 Mrd. DM. Sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 15%. Die Zuwachsrate war

Schuldenaufnahmen der Gemeinden
(fundierte Neuschulden)

Rechnungs- Jahr	Schulden-			Zunahme des Schulden- standes in %
	aufnahme	tilgung	stand am Ende des Rechnungs- jahres	
	1 000 DM			
1954	69 175	22 668	217 728	
1955	61 558	25 516	261 451	20,1
1956	70 200	28 776	311 722	19,2
1957	85 776	37 023	376 645	20,8
1958	86 749	48 690	435 544	15,6
1959	102 081	54 170	496 860	14,1
1961	128 809	68 580	634 772	16,5 ^a
1962	142 726	77 476	729 423	14,9
1963	178 400	46 940	860 568	18,0
1964	204 735	59 523	1 008 187	17,2
1965	212 773	62 912	1 157 149	14,8

a) bezogen auf den 31. 12. 1960

damit niedriger als in den vorangegangenen Jahren, der Betrag der Schuldenaufnahme jedoch mit 213 Mill. DM höher als jemals zuvor. Die jährliche Schuldenaufnahme hat sich seit 1955, als sie 69 Mill. DM ausmachte, reichlich verdreifacht. Da die Schuldentilgung nicht im selben Umfange gestiegen ist, hat sich der Schuldenstand in der gleichen Zeit mehr als verfünffacht. Auf den Einwohner umgerechnet bedeutet das eine Erhöhung von 94 DM auf 478 DM. Die Zahl der verschuldeten Gemeinden hat sich ebenfalls erhöht. Während 1955 noch fast 500 oder gut ein Drittel der Gemeinden unverschuldet waren, sind es heute nur wenig mehr als 100 oder knapp ein Zehntel.

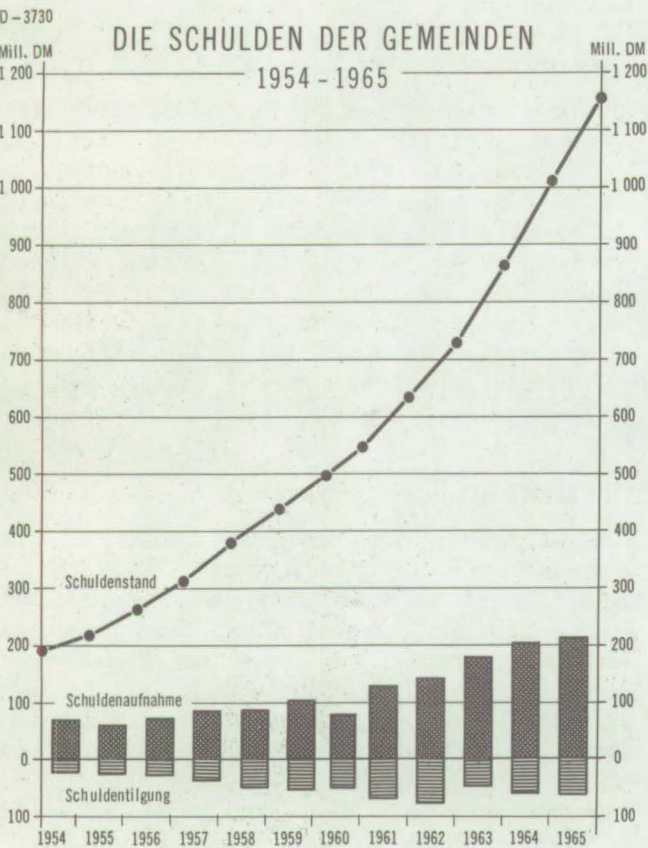
Am stärksten haben die Schulden der Gemeinden mit 1 000 - 2 000 Einwohnern und 5 000 - 10 000 Einwohnern zugenommen, deren Schuldenstand sich jeweils mehr als versechsfacht hat. Bei den großen Gemeinden (20 000 und mehr Einwohner) und den kreisfreien Städten war die Zunahme am geringsten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die kreisfreien Städte sowohl 1955 mit 165 DM als auch 1965 mit 773 DM die höchste Verschuldung aufweisen. Unter den kreisangehörigen Gemeinden hat sich eine Verschiebung ergeben, indem nicht mehr die Verschuldung mit wachsender Größenklasse steigt, sondern die Gemeinden mit 5 000 - 10 000 Einwohnern

die Spitze einnehmen und die Gemeinden mit 10 000 - 20 000 Einwohnern noch vor denen mit 20 000 und mehr Einwohnern liegen. Ein Vergleich mit den Gemeinden im Bundesgebiet zeigt, daß die Verschuldung insgesamt noch stärker gestiegen ist als in Schleswig-Holstein. Sie hat sich absolut mehr als versechsfacht und auf die Einwohner umgerechnet knapp versechsfacht. Vor zehn Jahren lag Schleswig-Holstein mit seinem DM-je-Einwohner-Betrag noch leicht über dem Bundesdurchschnitt von 92 DM und heute liegt es um 33 DM oder 6% unter dem Bundesdurchschnitt von 511 DM.

Die Ergebnisse der ersten neun Monate dieses Jahres lassen erkennen, daß sich die Entwicklung nicht fortsetzt. Die angespannte Wirtschaftslage und die erhöhten Zinsforderungen haben bei den Gemeinden eine Einschränkung in der Nachfrage nach Krediten veranlaßt.

Schuldenstand der Gemeinden
(fundierte Neuschulden)

Gemeinden	31. März 1955	31. Dez. 1965	Zunahme in %
	DM je Einwohner		
Kreisangehörige Gemeinden	65	362	457
davon mit ... Einwohnern			
weniger als 1 000	31	153	394
1 000 bis unter 2 000	33	208	530
2 000 " " 3 000	55	264	380
3 000 " " 5 000	86	469	445
5 000 " " 10 000	82	522	537
10 000 " " 20 000	95	474	399
20 000 und mehr	103	472	358
Kreisfreie Städte	165	773	368
Gemeinden zusammen	94	478	409



Kassenkredite und innere Verschuldung

Neben den fundierten Neuschulden spielen alle anderen Schuldenarten nur eine unbedeutende Rolle. Daher werden in den weiteren Ausführungen nur diese behandelt. Hier soll jedoch kurz auf die anderen Schuldarten eingegangen werden. Bei der Gesamtverschuldung unterscheidet man zwischen Neu- und Altschulden. Die Altschulden sind solche, die vor der Währungsreform 1948 aufgenommen worden sind. Von ihnen waren am 31.12.1965 nur noch 1,2 Mill. DM vorhanden, also nur wenig mehr als 0,1% der gesamten Verschuldung der kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden.

Außer den fundierten Schulden gibt es noch die sog. schwebenden Schulden oder Kassenkredite, deren Betrag sich zwar gegenüber 1955 verdoppelt hat, aber mit 5,7 Mill. DM gering ist. Das überrascht nicht, da die

Kassenkredite nur zur Behebung einer kurzfristigen Illiquidität des ordentlichen Haushalts verwendet werden und nicht mehr als ein Sechstel des haushaltsmäßigen ordentlichen Einnahmesolls ausmachen dürfen. Sie müssen mit Abschluß des Rechnungsjahres oder, wenn dies nicht möglich ist, spätestens neun Monate nach der Aufnahme des Kredits getilgt sein.

Die Gemeinden sind verpflichtet, ehe sie einen Kredit aufnehmen, zu prüfen, ob sie das Investitionsvorhaben nicht aus ihren Rücklagen finanzieren können. Sofern es sich um Ersatzinvestitionen handelt, müssen die Gemeinden sog. Erneuerungs- und Erweiterungsrücklagen bilden, für Bauinvestitionen können sie Sonderrücklagen bilden. Werden aus diesen Rücklagen Mittel für andere Zwecke, als sie angesammelt worden sind, entnommen, so spricht man von einer inneren Verschuldung. Sie ist in der Gesamtverschuldung nicht enthalten, da es sich um eigene Finanzierungsmittel handelt. Sie hat im Verhältnis zur Gesamtverschuldung nur wenig Gewicht. Die gesamte innere Verschuldung der kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte belief sich Ende 1965 auf 31 Mill. DM. Häufig werden diese Mittel zur Vorfinanzierung von Bauvorhaben verwendet, für die beispielsweise Landesmittel zugesagt worden sind.

In kleinerem Umfang übernehmen die Gemeinden Bürgschaften für Darlehen, die ihre Wirtschaftsunternehmen und Wohnungsbaugesellschaften aufnehmen. Da sie hierfür eine Bürgschaftssicherungsrücklage ansammeln müssen, wird ihr Haushalt ähnlich wie bei einer eigenen Schuldenaufnahme belastet, obwohl nur etwa ein Zwanzigstel der Haftungssumme angesammelt werden muß. Die schleswig-holsteinischen Gemeinden hatten Ende 1965 Haftungen bis zum Betrag von 26,9 Mill. DM übernommen.

Die Finanzierung der Neuschulden

Die Finanzierungsquellen der Gemeinden haben sich in den letzten Jahren stark geändert. 1955 setzten sich die Schulden der Gemeinden überwiegend, nämlich zu mehr als der Hälfte, aus Mitteln von Gebietskörperschaften, also von Bund, Land, LAF (Lastenausgleichsfonds), ERP (European Recovery Program) sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden, zusammen und nur zu einem Drittel stammten die Mittel aus dem Kreditmarkt sowie zu einem Achtel aus öffentlichen Sondermitteln, das sind Kredite der BfA und anderer Sozialversicherungsträger sowie der Bundesbahn und Bundespost. Heute spielen die Kreditmarktmittel eine überragende Rolle. Die Kreditmarktmittel haben sich seit 1955 verzehnfacht,

Die Finanzierung der fundierten Neuschulden 1965

Gemeinden	Insgesamt	davon		
		aus Kreditmarktmitteln	aus öffentl. Sondermitteln	bei Gebietskörperschaften
	Mill. DM	in %		
Kreisangehörige Gemeinden	631	65,6	3,7	30,7
davon mit ... Einwohnern				
weniger als 1 000	63	56,1	3,6	40,3
1 000 bis unter 2 000	47	62,3	2,6	35,2
2 000 " " 3 000	16	65,6	1,6	32,8
3 000 " " 5 000	87	64,1	2,4	33,5
5 000 " " 10 000	136	65,6	4,3	30,1
10 000 " " 20 000	133	64,9	1,9	33,3
20 000 und mehr	149	72,1	6,2	21,7
Kreisfreie Städte	526	81,7	3,4	14,9
Gemeinden zusammen	1 157	72,9	3,6	23,5
dagegen 1955	218	33,8	13,2	53,0 ^a

a) einschl. ERP-Mittel

während die gesamte Neuverschuldung sich reichlich verfünffacht hat. Sie machen daher heute fast drei Viertel des Schuldenstandes aus. Die Kredite aus öffentlichen Sondermitteln sind fast bedeutungslos geworden (4%) und die Gebietskörperschaften stellen nur noch knapp ein Viertel der Mittel zur Verfügung. Bei den kreisfreien Städten belaufen sich die Kreditmarktmittel sogar auf über acht Zehntel aller Neuschulden. Der Anteil der Kreditmarktschulden wächst mit steigender Gemeindegröße. Die kleineren Gemeinden bekommen eher Mittel von anderen Gebietskörperschaften, vor allem vom Land.

Die größten Geldgeber für die kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte sind nach dem Stand vom 31.12.1965 die Girozentralen, die Sparkassen sowie Bund, Land und LAF, die jeweils fast ein Viertel der Mittel zur Verfügung gestellt haben. Von anderen Kreditinstituten sowie Versicherungen und Bausparkassen wurde ebenfalls fast ein Viertel ausgeliehen. Die ERP-Mittel, die 1955 noch gewichtiger waren, sind heute beinahe bedeutungslos.

Die Laufzeiten der Darlehen

Die Laufzeiten der Darlehen sollen auf die Lebensdauer der Investitionen abgestimmt sein. Da es sich bei den Investitionen der Gemeinden fast ausschließlich um langlebige Anlageinvestitionen handelt und gleichzeitig die jährliche Belastung möglichst niedrig gehalten werden soll, haben fast alle Darlehen (93%) eine Laufzeit von zehn Jahren und mehr. Beinahe sechs Zehntel von ihnen sind Annuitätsdarlehen, das sind Schulden, die in gleichmäßigen Raten - abnehmende Zins-

beträge kommen der Tilgung zugute - abbezahlt werden.

Sowohl die Laufzeiten von vier bis zehn Jahren als auch die unter vier Jahren spielen keine Rolle. Es ist jedoch bemerkenswert, daß in den letzten beiden Jahren die Kredite mit Laufzeiten unter vier Jahren und auch die mit solchen zwischen vier und zehn Jahren sich bedeutend kräftiger erhöht haben als die langfristigen. Der Kreditmarkt war offensichtlich nicht mehr in dem Maße wie früher bereit, Mittel langfristig auszuleihen.

Die Verwendung der Neuschulden

In der Verwendung der Kredite und Darlehen haben sich in den letzten zehn Jahren keine wesentlichen Verschiebungen ergeben. Nach wie vor werden die meisten, nämlich drei Zehntel, der aufgenommenen Gelder an die Wirtschaftsunternehmen vergeben. An die zweite Stelle ist allerdings die Stadtentwässerung getreten, deren Anteil sich von knapp einem Zehntel auf fast zwei Zehntel verdoppelt hat. 1955 nahm noch der Verwaltungszweig "Straßen, Wege, Brücken" mit zwei Zehnteln die zweite Stelle ein. Er ist heute etwas zurückgefallen und liegt mit einem Sechstel nur noch an dritter Stelle. Durch die starke Erhöhung der Ausgaben für die Stadtentwässerung ist der Bereich Schulen ebenfalls um einen Platz auf den vierten zurückgefallen. Er stellt ein Siebentel gegenüber einem Sechstel. Diese vier Bereiche vereinigten 1955 knapp und 1965 mehr als drei Viertel aller Neuschulden auf sich.

In den einzelnen Gemeindegrößenklassen ergibt sich eine recht unterschiedliche Struktur. Schon der Anteil der ausgewählten vier Verwendungszwecke ist verschieden groß.

Verwendung der Neuschulden 1965

Gemeinden	- in % -			
	Schulen	Straßen, Wege, Brücken	Stadtentwässerung	Wirtschaftsunternehmen
Kreisangehörige Gemeinden	10	16	23	22
davon mit ... Einwohnern				
unter 1 000	10	40	4	4
1 000 bis unter 2 000	13	23	19	12
2 000 " " 3 000	17	15	21	14
3 000 " " 5 000	8	13	24	27
5 000 " " 10 000	10	11	27	23
10 000 " " 20 000	11	12	28	23
20 000 und mehr	8	13	25	29
Kreisfreie Städte	18	15	12	37
Gemeinden zusammen	14	16	18	29
dagegen 1955	17	20	9	28

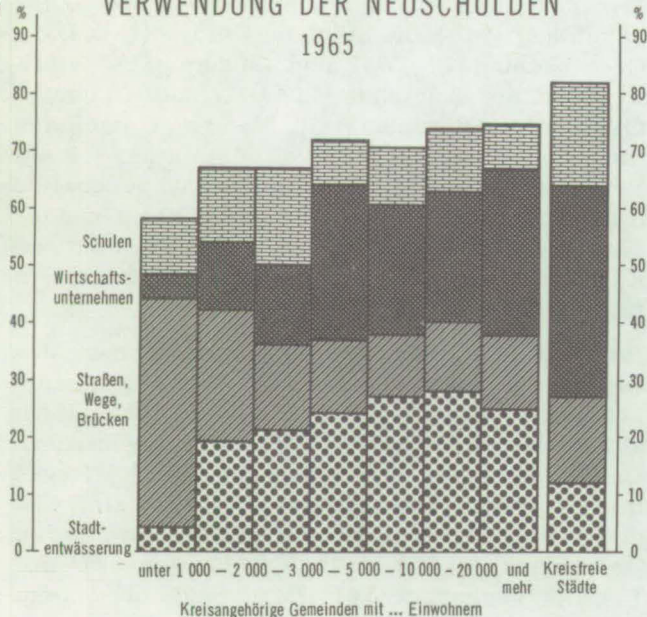
In den kreisfreien Städten machte er über acht Zehntel aus, in den kleinen Gemeinden unter 1 000 Einwohnern aber nur fast sechs Zehntel. Der Landesdurchschnitt von drei Vierteln wird nur in den beiden Größenklassen über 10 000 Einwohner erreicht. Das hängt mit den Wirtschaftsunternehmen zusammen, die in den kleinen Gemeinden fast überhaupt nicht vorkommen und in den großen Gemeinden der größte Schuldenträger sind. Nach dem Stand vom 31.12.1965 werden in den kreisfreien Städten mit beinahe vier Zehnteln, in den Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern mit drei Zehnteln und in den Gemeinden mit 3 000 - 5 000 Einwohnern mit reichlich einem Viertel die meisten Neuschulden für Wirtschaftsunternehmen verwendet. In den Gemeinden zwischen 5 000 und 10 000 Einwohnern sowie zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern steht die Stadtentwässerung mit 27% und 28% an der Spitze und in den kleinen Gemeinden mit 1 000 - 2 000 Einwohnern sowie unter 1 000 Einwohnern der Verwaltungszweig "Straßen, Wege, Brücken" mit knapp einem Viertel und vier Zehnteln.

Verschuldungsunterschiede

Wie schon oben angedeutet kann der Schuldenstand allein nur wenig über die Verschuldung angeben. Um darüber etwas auszusagen, muß vielmehr die Verwendung der Schulden und die sich daraus ergebende Belastung des Haushalts untersucht werden. Würde man nur den Schuldenstand vergleichen, so würden beispielsweise die großen Gemeinden unverhältnismäßig schlecht abschneiden, da sie eher Wirtschaftsunternehmen haben und für diese in starkem Umfang Schulden aufnehmen. Diese Schulden sind aber etwas anderes als solche, die etwa für Schulbauten aufgenommen werden. Die Schulden, die für die Investitionen der Wirtschaftsunternehmen verwendet werden, finanzieren sich in der Regel selbst, d. h. sie

D-3731

VERWENDUNG DER NEUSCHULDEN 1965



können aus den Einnahmen der Wirtschaftsunternehmen gedeckt werden, während die Schulden, die für Schulbauten aufgenommen werden aus dem ordentlichen Haushalt, also aus Steuern und allgemeinen Finanzaufweisungen zurückbezahlt werden müssen. Daß diese Investitionen später auch in irgendeiner Form eine "Rendite" abwerfen, steht auf einem anderen Blatt.

Um die Verschuldungsunterschiede darstellen zu können, muß deshalb zwischen den sog. rentierlichen und unrentierlichen Schulden unterschieden werden. Zu den rentierlichen Schulden zählen die für Wirtschaftsunternehmen aufgenommenen Darlehen sowie die für bestimmte Verwaltungszweige verwendeten, bei denen der Schuldendienst in der Regel durch Kostendeckung oder von Dritten aufgebracht wird. Das sind aus dem Einzelplan "Bau- und Wohnungswesen": weitergegebene Darlehen für Wohnungsbau sowie übriger Wohnungsbau und Wohnsiedlung, aus dem Einzelplan "Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung": Stadtentwässerung, Müllbeseitigung und Einrichtungen der Lebensmittelversorgung sowie aus dem Einzelplan "Finanzen und Steuern": Wohngrundstücke des allgemeinen Grundvermögens und das übrige allgemeine Grundvermögen. Alle für die übrigen Verwaltungszweige aufgenommenen Schulden zählen zu den unrentierlichen Schulden, d. h. ihr Schuldendienst belastet voll den ordentlichen Haushalt, muß also aus allgemeinen Deckungsmitteln aufgebracht werden. Es sei darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine schematische Gliederung handelt, die bei den als rentierlich eingeteilten Schulden nicht immer voll zutreffen muß, da es vorkommt, daß hier teilweise Mittel aus dem ordentlichen Haushalt verwendet werden.

Der Anteil der unrentierlichen Schulden an der gesamten Neuverschuldung hat sich in den letzten zehn Jahren vermindert. 1955

Unrentierliche Schulden

Gemeinden	1955 DM je Einwohner	1965 DM je Einwohner	Zunahme in %
Kreisangehörige Gemeinden	36	136	278
davon mit ... Einwohnern			
unter 1 000	25	121	384
1 000 bis unter 2 000	24	102	325
2 000 " " 3 000	34	116	241
3 000 " " 5 000	46	143	211
5 000 " " 10 000	43	161	274
10 000 " " 20 000	49	152	210
20 000 und mehr	45	143	218
Kreisfreie Städte	70	332	374
Gemeinden zusammen	46	191	315
dagegen			
Bundesgebiet ohne Stadtstaaten	37	209	465

belieft er sich noch auf die Hälfte und Ende 1965 auf vier Zehntel. Im Bundesgebiet macht er unverändert vier Zehntel aus. Der DM-je-Einwohner-Betrag hat sich im Bundesdurchschnitt von 37 DM auf 209 DM mehr als verfünffacht und in Schleswig-Holstein von 46 DM auf 191 DM reichlich vervierfacht. Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte liegt also sowohl bei den gesamten als auch bei den unrentierlichen Schulden unter dem Bundesdurchschnitt; im Jahre 1955 war es noch umgekehrt gewesen.

Die Höhe der unrentierlichen Schulden hängt nicht von der Größe der Gemeinde ab, obwohl die kreisfreien Städte den mit Abstand höchsten Betrag ausweisen. Vielmehr ist die Verschuldung der kleinen Gemeinden (unter 1 000 Einwohner) höher als die der mit 1 000 - 2 000 Einwohnern und der mit 2 000 - 3 000 Einwohnern und andererseits die Verschuldung der großen Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern geringer als die der Gemeinden mit 5 000 - 10 000 Einwohnern und mit 10 000 - 20 000 Einwohnern. Auch die Zuwachsraten werden nicht von der Gemeindegröße beeinflusst. Die kleinsten Gemeinden haben die größte knapp vor den kreisfreien Städten und die Gemeinden mit 10 000 - 20 000 Einwohnern sowie mit 3 000 - 5 000 Einwohnern die geringste Zuwachsraten.

Unter den vier kreisfreien Städten nimmt Kiel mit weitem Abstand den ersten Platz ein. Dort ergeben sich für unrentierliche Zwecke 428 DM je Einwohner, während es in Lübeck 339 DM sowie in Flensburg und Neumünster nur 150 DM und 198 DM sind. Bei den Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern ist die Streubreite noch größer. Die geringste Verschuldung weist die Stadt Rendsburg mit 65 DM auf und die höchste die Stadt Wedel mit 222 DM. Hoch ist auch noch die Verschuldung in den Städten Heide (181 DM), Geesthacht (176 DM) und Husum (173 DM), während sie in Itzehoe (117 DM) und Elmshorn (129 DM) recht niedrig ist. Von den Gemeinden zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern steht Preetz mit 319 DM an der Spitze und Schenefeld bildet mit 19 DM den Schluß. In der Größenklasse 5 000 - 10 000 Einwohner sind es Kaltenkirchen mit 932 DM und Barmstedt mit 8 DM.

Bei einem Größenklassenvergleich mit den Gemeinden im Bundesgebiet schneiden die schleswig-holsteinischen Gemeinden recht gut ab. Die kleinen schleswig-holsteinischen Gemeinden (unter 3 000 Einwohner) liegen mit 115 DM gegenüber 135 DM um 15% unter dem Bundesdurchschnitt, die mittleren Gemeinden (3 000 - 10 000 Einwohner) mit 154 DM gegenüber 141 DM um 9% über dem

Schuldenbelastung der schleswig-holsteinischen Gemeinden

Gemeinden	1955			1965		
	Steuereinnahmen und Schlüssel- zuweisungen zusammen	Schuldendienst für unrentierliche Schulden	Anteil in %	Steuereinnahmen und Schlüssel- zuweisungen zusammen	Schuldendienst für unrentierliche Schulden	Anteil in %
	1 000 DM			1 000 DM		
Kreisangehörige Gemeinden	122 963	6 400	5,2	314 932	26 883	8,5
davon mit ... Einwohnern						
weniger als 1 000	23 177	876	3,8	65 523	4 915	7,5
1 000 bis unter 2 000	17 168	740	4,3	36 980	2 560	6,9
2 000 " " 3 000	8 145	453	5,6	9 958	860	8,6
3 000 " " 5 000	9 899	516	5,2	34 649	3 392	9,8
5 000 " " 10 000	23 004	1 209	5,3	48 017	4 185	8,7
10 000 " " 20 000	18 576	1 267	6,8	52 902	5 293	10,0
20 000 und mehr	22 995	1 339	5,8	66 903	5 678	8,5
Kreisfreie Städte	84 864	4 670	5,5	192 063	21 289	11,1
Gemeinden zusammen	207 828	11 070	5,3	506 995	48 172	9,5

Bundesdurchschnitt, die großen kreisangehörigen Gemeinden (10 000 und mehr Einwohner) mit 147 DM gegenüber 170 DM um 14% unter und die kreisfreien Städte mit 332 DM gegenüber 327 DM nur leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Schuldenbelastung

Wie schon oben angeführt können die Gemeinden nicht ohne weiteres Schulden aufnehmen. Sie müssen sich vielmehr an gewisse Vorschriften der Gemeindeordnung halten. Darüber hinaus unterliegt die Schuldenaufnahme einem Genehmigungsverfahren der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde. In diesem Genehmigungsverfahren wird geprüft, ob der Schuldendienst des aufzunehmenden Darlehens den Haushalt übermäßig belastet. Solche Schulden, deren Schuldendienst durch Gebührenhaushalte oder Dritte getragen wird, scheiden selbstverständlich aus. Untersucht werden nur die schon oben erwähnten unrentierlichen Schulden. Es haben sich dabei in den einzelnen Bundesländern verschiedene Verfahren entwickelt, die das Ziel haben, eine Grenze festzulegen, bis zu welcher sich die Höhe des Schuldendienstes bewegen darf. Als Bezugsgröße wird dabei im allgemeinen die Steuerkraft verwendet. In Schleswig-Holstein werden die gesamten Gemeindesteuereinnahmen und die Schlüsselzuweisungen als Ausgangsgröße genommen. Wenn die Zins- und Tilgungsleistungen 10% dieser Einnahmen ausmachen, so ist die Höchstbelastungsgrenze erreicht. Diese Grenze kann jedoch nur ein allgemeiner Richtsatz sein. Im Einzelfall muß eine genauere Untersuchung der Leistungsfähigkeit der Gemeinde stattfinden. Die folgenden Ausführungen können deshalb nur Unterschiede in der Belastung darlegen,

nicht aber, ob eine Gemeinde überschuldet ist.

Die Verschuldung der Gemeinden ist stärker gestiegen als ihre Einnahmen aus Steuern und Schlüsselzuweisungen. Da außerdem die Kredite teurer geworden sind, hat sich die Belastung der Gemeindehaushalte bedeutend verstärkt. 1955 mußten die schleswig-holsteinischen Gemeinden 5,3% ihrer Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen für den Schuldendienst der unrentierlichen Schulden bereitstellen, Ende 1965 waren es schon fast doppelt so viel, nämlich 9,5%. Die vier kreisfreien Städte sind besonders davon betroffen, deren Schuldendienst von 5,5% auf 11,1% gestiegen ist. Bis auf Flensburg liegen alle kreisfreien Städte über 10%. Die Landeshauptstadt Kiel nimmt mit 12,4% die erste Stelle ein, gefolgt von Lübeck mit 10,6%, Neumünster mit 10,4% und Flensburg mit 8,5%. Zehn Jahre zuvor hatte noch Flensburg mit 7,6% vor Neumünster mit 7% die Spitze innegehabt und Kiel mit 4,7% hinter Lübeck mit 5,3% das Schlußlicht gebildet. Die Schuldenbelastung ist also in Kiel weitaus am stärksten gestiegen. Auch bei den kleinen Gemeinden (unter 1 000 Einwohner) ist die Belastung kräftig angewachsen, wenn auch nicht in dem Umfang wie in Kiel. Die kleinen Gemeinden hatten 1955 noch mit 3,8% das Schlußlicht gestellt, haben aber heute mit 7,5% nur noch die zweitniedrigste Quote. Am Ende stehen jetzt die Gemeinden zwischen 1 000 und 2 000 Einwohnern. Die Gemeinden zwischen 10 000 und 20 000 Einwohnern haben die 10%-Grenze erreicht und die Gemeinden zwischen 3 000 und 5 000 Einwohner liegen mit 9,8% nur noch knapp darunter.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Der Verbrauch in Haushalten von Landwirten

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63, über deren Ergebnisse in unseren Monatsheften schon mehrfach berichtet wurde, hat auch Unterlagen über den Verbrauch in Haushalten von selbständigen Landwirten erbracht. Hierunter sind solche Haushalte zu verstehen, deren Haushaltsvorstand als Eigentümer oder Pächter einen landwirtschaftlichen Betrieb leitet und daraus sein Haupteinkommen bezieht. Sogenannte "Feierabendbauern", die einen erheblichen Teil ihrer Einkünfte aus anderen Quellen, insbesondere als Arbeitnehmer erzielen, sind für diese Statistik nicht als Haushalte von selbständigen Landwirten angesehen worden. — Der folgende Beitrag behandelt die wichtigsten Bundesergebnisse, die das Statistische Bundesamt kürzlich in seiner Monatszeitschrift "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht hat¹. Landesergebnisse für Schleswig-Holstein ließen sich leider nicht errechnen, da die Zahl der beteiligten Haushalte für eine regionale Untergliederung nicht ausreichte.

Das Statistische Bundesamt hat die Bundesergebnisse aufgrund der monatlichen Feinaufschreibungen von 2 547 Haushalten selbständiger Landwirte ermittelt. Die tatsächlichen und unterstellten Ausgaben für den privaten Verbrauch dieser Haushalte betrugen im Monatsdurchschnitt 875 DM. Zwei Fünftel davon, nämlich 357 DM entfielen auf unterstellte Käufe, so daß sich die eigentlichen monatlichen Ausgaben im Schnitt nur auf 518 DM beliefen. 282 DM oder 79% der unterstellten Ausgaben sind die mit Einzelhandelspreisen bewerteten Nahrungsmittel-Entnahmen aus dem eigenen Betrieb. Bei den restlichen unterstellten Ausgaben handelt es sich um den veranschlagten Mietwert für die Wohnung des Landwirts.

Die gesamten durchschnittlichen monatlichen Ausgaben für den privaten Verbrauch in Höhe von 875 DM verteilen sich folgendermaßen auf die neun Hauptgruppen:

Nahrungs- und Genußmittel	475 DM oder 54,3 %
Bekleidung, Schuhe	101 DM oder 11,5 %
Übrige Haushaltsführung ²	87 DM oder 9,9 %
Wohnungsmieten	75 DM oder 8,6 %
Verkehr und Nachrichten	52 DM oder 5,9 %
Bildung und Unterhaltung	31 DM oder 3,6 %
Körper- und Gesundheitspflege	20 DM oder 2,3 %
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	19 DM oder 2,2 %
Persönliche Ausstattung, sonstige Waren und Dienstleistungen ³	15 DM oder 1,7 %

Also mehr als die Hälfte der tatsächlichen und unterstellten Ausgaben gehören zur Bedarfs-

1) Vergleiche: "Der Private Verbrauch in Haushalten von selbständigen Landwirten" in Wirtschaft und Statistik 1966, S. 471 (August)

2) Möbel, Heimtextilien, elektrische Haushaltsmaschinen und Geräte, andere Haushaltsgeräte, Gebrauchsgüter für die Gartenpflege, Waschmittel und übrige Mittel für die Haushaltsreinigung, Wohnungsreparaturen, Dienstleistungen der Wäschereien und Reinigungsfirmen

3) Hierzu gehören in erster Linie Uhren, Schmuck, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes (einschl. Urlaubsreisen) und privater Versicherungen

gruppe "Nahrungs- und Genußmittel". Dieser Anteil ist im Vergleich zu Haushalten, die anderen sozialen Schichten angehören, sehr hoch. Er betrug in den Haushalten von Arbeitnehmern, Nichterwerbstätigen und Selbständigen ohne Landwirte nur zwei Fünftel.

Dieser krasse Unterschied mag teilweise dadurch bedingt sein, daß vielleicht die Nahrungsmittel-Entnahmen und die Nutzung der Wohnung nicht ganz zutreffend erfaßt und bewertet worden sind. Jedenfalls fällt auf, daß der Anteil der Bedarfsgruppe "Wohnen" bei den selbständigen Landwirten am niedrigsten ist. Aber wenn man die entnommenen Mengen an Fleisch, Eiern, Vollmilch, sowie Kartoffeln, Frischobst und -gemüse betrachtet, stellt man fest, daß auch andere, nämlich psychologische und ernährungsphysiologische Gründe hierbei eine Rolle spielen. Vermutlich sind die Bäuerinnen beim Eigenverbrauch großzügiger als beim Einkaufen; denn, wenn sie die selbst erzeugten Lebensmittel entnehmen, brauchen sie diese nicht zu bezahlen, und sie sind sich dabei meistens wohl auch nicht bewußt, daß sie damit Teile des Einkommens verwenden. Andererseits bringt die überwiegend körperliche Arbeit der Landwirte und ihr häufiger Aufenthalt in der frischen Luft einen guten Appetit und einen hohen Kalorienbedarf mit sich.

Was und wieviel die Haushalte von selbständigen Landwirten für ihren privaten Verbrauch kaufen, hängt von der Größe des Haushaltes und der Größe des landwirtschaftlichen Betriebes ab. Die monatlichen Gesamtausgaben (einschließlich der unterstellten Käufe), die sich im Durchschnitt aller einbezogenen Bauernhaushalte auf 875 DM beliefen, betrugen bei Haushalten mit

1 und 2 Personen	542 DM
3 Personen	724 DM
4 Personen	839 DM
5 und mehr Personen	1 034 DM

Die Abhängigkeit des privaten Verbrauchs der bäuerlichen Haushalte von der Größe ihres Betriebes ist nicht ganz so eindeutig; sie wird auch erst in Betrieben ab 10 ha Nutzfläche sichtbar. So lautete der Gesamtbetrag des privaten Verbrauchs (ohne den Mietwert der Wohnung des Landwirts) in 4-Personen-Haushalten mit Betrieben

unter 5 ha	685 DM
5 bis unter 10 ha	690 DM
10 und mehr ha	867 DM

Zum geringen Unterschied der Verbrauchsausgaben bei den zwei unteren Größenklassen muß

bedacht werden, daß der Ertrag eines landwirtschaftlichen Betriebes nicht nur von der Größe der landwirtschaftlich genutzten Fläche, sondern auch von der Art und Intensität der Bewirtschaftung bestimmt wird. Kleinbetriebe mit Sonderkulturen können sich besser stehen als andere Betriebe mit größeren Nutzflächen.

Ein Vergleich des Verbrauchs von bäuerlichen 4-Personen-Haushalten mit dem Verbrauch von gleich großen Haushalten von Arbeitnehmern und übrigen Selbständigen brachte folgende Erkenntnisse:

Haushalte von selbständigen Landwirten verbrauchen von solchen Nahrungs- und Genußmitteln, die sie selbst erzeugen, bedeutend größere Mengen als gleich große Haushalte von Arbeitnehmern und übrigen Selbständigen. Umgekehrt kaufen landwirtschaftliche Haushalte solche Nahrungs- und Genußmittel, die sie selbst nicht herstellen, in weit geringerem Umfang als die anderen Haushalte. So sind zum Beispiel die in bäuerlichen Haushalten ermittelten Verbrauchsmengen von Eiern, Vollmilch, tierischen Fetten, Brot, Kartoffeln und Mehl zum Teil mehr als doppelt so groß wie in den Haushalten der Arbeitnehmer und übrigen Selbständigen. Bei Fisch, Kondensmilch, Südfrüchten, Marmelade und Schokolade war dagegen der mengenmäßige Verbrauch in landwirtschaftlichen Haushalten nur knapp halb so hoch wie in den anderen Haushalten oder noch geringer. Auch für Bohnenkaffee, echten Tee, Spirituosen, Sekt und Zigaretten liegen die für die bäuerlichen Haushalte errechneten Mengen deutlich unter denjenigen der anderen Familien.

Der private Verbrauch in 4-Personen-Haushalten
(ohne Nahrungs- und Genußmittel)

Ausgabengruppe	Haushaltsvorstand		
	Landwirt	Arbeitnehmer	Selbständiger
	Ausgaben je Haushalt und Monat in DM		
Bekleidung, Schuhe	101	114	136
Übrige Haushaltsführung	84	104	137
Wohnungsmieten u. ä.	70	89	120
Verkehr und Nachrichten	28	81	46
Bildung und Unterhaltung	28	63	83
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	21	37	33
Körper- und Gesundheitspflege	19	31	37
Persönliche Ausstattung u. ä.	15	22	31

Quelle: Statistisches Bundesamt (siehe Fußnote 1)

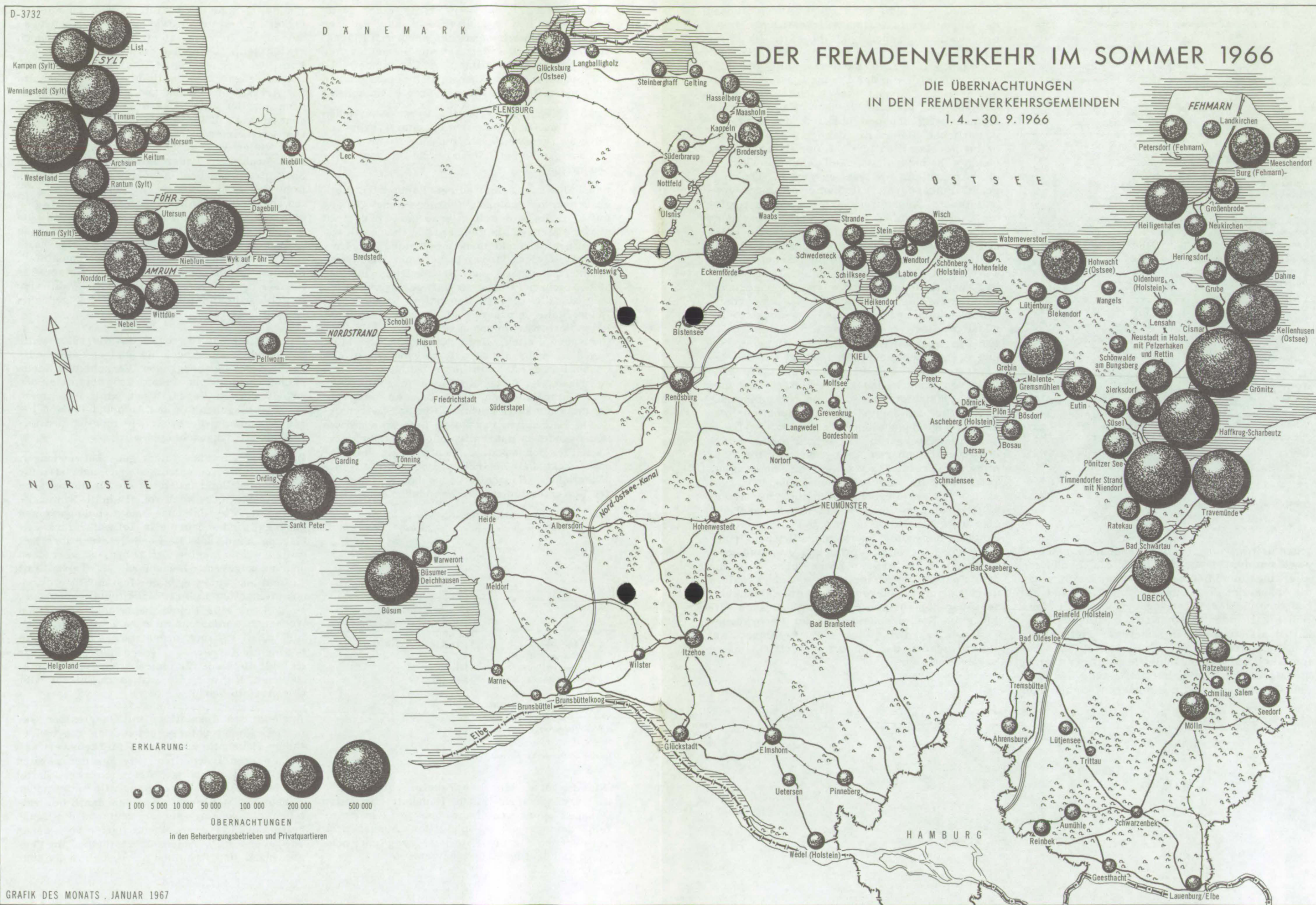
Wie die oben stehende Tabelle zeigt, hatten die landwirtschaftlichen Haushalte in allen Gruppen außer den "Nahrungs- und Genußmitteln" geringere durchschnittliche Ausgaben zu verzeichnen als die Haushalte von Arbeitnehmern und übrigen Selbständigen.

Auch wenn man die bereits erwähnten Schwierigkeiten bei der Bewertung der Wohnungsnutzung in Betracht zieht, scheint es dennoch realistisch zu sein, daß die für die bäuerlichen Familien veranschlagte Miete im Schnitt merklich niedriger war als die Miete der Haushalte von Arbeitnehmern und anderen Selbständigen; denn aus den Ergebnissen anderer Statistiken geht hervor, daß die Qualität der Wohnungen von Landwirten unterdurchschnittlich ist. In sehr vielen Wohnungen von Landwirten hat es 1962 noch kein Badezimmer und auch keine Spültoilette gegeben. Anschluß an eine öffentliche Gas- und Wasserversorgung war nur selten vorhanden. Der Mangel an Gelegenheit, sich an eine Gasleitung anzuschließen, ist auch eine der Ursachen für die verhältnismäßig geringen Ausgaben der landwirtschaftlichen Haushalte für die Gruppe "Elektrizität, Gas, Brennstoffe". Etliche Bäuerinnen benutzen zum Heizen des Herdes noch Holz, das im eigenen Wald oder in Schleswig-Holstein auch am Knick geschlagen wird.

Das statistische Ergebnis, daß die selbständigen Landwirte und auch die übrigen Selbständigen in der Ausgabengruppe "Verkehr und Nachrichtenübermittlung" bemerkenswert unter den Arbeitnehmern liegen, hängt damit zusammen, daß die Ausgaben für das Auto und Telefon bei den Selbständigen soweit wie möglich den Betriebskosten zugeschlagen wird.

Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen der Haushalte von selbständigen Landwirten für Bildung und Unterhaltung sowie für die persönliche Ausstattung, wozu vor allem die Schmuckkäufe und die Urlaubs- und Erholungsreisen gehören, finden jedenfalls teilweise ihre Erklärung darin, daß die Landwirte und ihre Familien vielfach keine Zeit haben, zu verreisen und auszugehen. Besonders Landwirte mit Viehhaltung sind wegen der festen Fütterungs- und Melkzeiten an ihren Arbeitsplatz gebunden, so daß an eine Urlaubsreise und ein freies Wochenende meistens nicht zu denken ist. Deshalb haben sie auch bedeutend weniger Ausgaben für die Körper- und Gesundheitspflege; denn es fehlt die Muße für eine ausführliche Kosmetik und häufig auch die Zeit, zum Friseur oder zum Arzt zu gehen.

Auch in der Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern unterscheiden sich die bäuerlichen Haushalte zum Teil bemerkenswert von den anderen Haushalten, wie aus der zweiten Tabelle ersichtlich ist. Reichlich zwei Fünftel der landwirtschaftlichen Haushalte hatten einen Personenkraftwagen. Sie waren damit bei weitem nicht so stark motorisiert wie die Haushalte der übrigen Selbständigen, von denen 75% über ein Personenauto verfügten. Im Vergleich zu den Arbeitnehmern, bei denen nur



Die Ausstattung der 4-Personen-Haushalte
mit langlebigen Gebrauchsgütern

Art der Gebrauchsgüter	Haushaltsvorstand		
	Landwirt	Arbeitnehmer	Selbständiger
	Von 100 Haushalten waren im Besitz des betreffenden Gebrauchsgutes		
Radio	90,2	80,9	74,2
Musiktruhe ohne Fernsehgerät	2,2	12,1	16,1
Staubsauger	37,2	77,6	81,4
Kühlschrank	34,3	65,6	77,0
Tiefkühltruhe	26,8	0,8	4,5
Fotoapparat	28,2	57,8	68,8
Nähmaschine (mechanisch)	80,4	49,6	48,9
Nähmaschine (elektrisch)	7,3	12,7	19,4
Fernsehgerät	11,4	45,4	41,1
Musiktruhe mit Fernsehgerät	0,7	2,8	4,9
Waschmaschine	44,9	36,1	33,2
Wäscheschleuder	43,2	35,8	32,5
Waschautomat	8,6	10,5	25,8
Personenkraftwagen	43,1	32,9	74,7
Motorrad	19,2	7,6	4,9
Plattenspieler	8,1	23,2	26,8
Mixgerät	8,2	17,7	21,9
Küchenmaschine (elektrisch)	13,5	16,5	30,5
Telefon	12,7	10,7	57,8
Tonbandgerät	1,2	6,7	12,5
Projektor	0,4	5,7	11,9
Kaffeemaschine (elektrisch)	1,1	4,0	10,1
Filmkamera	0,4	3,8	8,6
Projektionsapparat (Film)	0,3	1,6	7,5
Grill	0,6	1,5	6,4
Heimbügler	0,9	1,0	3,8
Geschirrspülmaschine	-	0,2	1,7

Quelle: Statistisches Bundesamt (siehe Fußnote 1)

jeder dritte Haushalt einen Personenwagen aufzuweisen hatte, standen sich die Landwirte allerdings merklich besser. Hinzu kommt, daß die bäuerlichen Haushalte mit Abstand am besten mit Motorrädern versorgt waren. Reichlicher vorhanden in landwirtschaftlichen Haushalten als sonst waren außerdem Tiefkühltruhen, Nähmaschinen, Waschmaschinen (ohne Automaten) und Wäscheschleudern. Diese Geräte und Maschinen tragen zur Entlastung der Bäuerinnen entweder beim Einmachen, Nähen oder

Waschen bei. Man kann diese Anschaffungen deshalb auch als indirekte Investitionen ansehen, weil sie gegebenenfalls einen Teil der Hausfrauenarbeit für den Betrieb freisetzen. Dagegen waren die Landwirte mit den Gebrauchsgütern, die der Freizeitgestaltung oder einem Hobby dienen, merklich bescheidener ausgestattet als die übrigen Familien. Ein Fernsehgerät besaßen nur 12% der landwirtschaftlichen Haushalte, dagegen 48% der Arbeitnehmerfamilien und 46% der Haushalte der übrigen Selbständigen. Bei anderen Geräten und Apparaten, wie Plattenspieler, Tonbandgerät, Fotoapparat, Filmkamera war das Verhältnis der Ausstattung ähnlich ungünstig für die Landwirte. Aber auch mit arbeitssparenden oder arbeitserleichternden Haushaltsmaschinen und -geräten, die damals - und zum Teil auch heute noch - als "Luxusgut" angesehen werden wie z. B. Geschirrspülmaschine, Heimbügler, Grill und Kaffeemaschine waren die Bäuerinnen auffallend schlechter versorgt als die Arbeitnehmerfrauen und die Frauen der übrigen Selbständigen.

Ein Vergleich der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1962/63 mit den Ergebnissen einer Erhebung über die Lebenshaltung von Bauern und Landarbeitern aus dem Jahre 1953 zeigt, daß sich die gesamten Ausgaben für den privaten Verbrauch bei den 4-Personen-Haushalten von selbständigen Landwirten inzwischen um 61% erhöht haben. In der etwa vergleichbaren Zeit von 1953 bis 1962 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 18% und die Lebenshaltungsausgaben von städtischen 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten nahmen um 86% zu. Real gesehen - also unter Ausklammerung der Preissteigerungen - haben die landwirtschaftlichen Haushalte ihren privaten Verbrauch etwa um zwei Fünftel und die Arbeitnehmer ihren etwa um drei Fünftel verbessert. Hiermit ist wohlge-merkt nur etwas ausgesagt über die Entwicklung der Ausgaben für den privaten Verbrauch, die durch die Kaufentscheidungen der Verbraucher bestimmt werden. Nähere Rückschlüsse auf die Entwicklung der Einkommen erlauben diese Ergebnisse nicht.

Dr. Enno Heeren

Die Realkreditinstitute im 1. Halbjahr 1966

Der Erstabsatz von Schuldverschreibungen

Der Einfluß, den die restriktive Kreditpolitik der Deutschen Bundesbank bereits im Jahre 1965 auf dem Kapitalmarkt ausübte, setzte sich im 1. Halbjahr 1966 in verstärktem Maße fort. Er wirkte sich vor allem auf dem Rentenmarkt aus, da sich die Banken als wichtigste Anlegergruppe infolge der Einengung ihrer Liquidität zurückhalten mußten. So gingen die Kurse laufend zurück, und die Kapitalsammelstellen wie auch die privaten Sparer waren wenig bereit, ihr Geld in Rentenwerten anzulegen. Besonders Letztere zogen es vor, ihr freies Einkommen relativ risikolos auf ein Sparkonto oder bei einer Bausparkasse zu deponieren und sich mit geringeren, aber sicheren Zinserträgen zufrieden zu geben. Das 2. Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer sowie andererseits der danach im Gespräch gewesene Fortfall der Sparprämienförderung zum Ausgleich des Bundeshaushalts 1967 können zweifellos als Anregung zum klassischen Sparen bewertet werden, zumal die ersten Versuche der kleinen Kontensparer auf dem Aktienmarkt angesichts des unerwartet starken Kursverfalls zu unliebsamen Erfahrungen führten. Gemessen am Gesamtindex aller Aktienkurse, der zum Jahresende 1953 mit 100 festgesetzt wurde, war der Rückgang von 507 auf 425 in der Zeit vom 21. Februar bis zum 30. Juni 1966 beachtenswert. Am Rentenmarkt wurden und werden immer noch viele Papiere unter pari gehandelt. Der Kurs ist bei vielen Rentenmarktpapieren unter 90% gesunken.

Im Schatten dieser wirtschaftlichen Ereignisse konnte das Geschäft der Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein nicht sonderlich erfolgreich sein. So erreichte der Erstabsatz von Schuldverschreibungen im ersten Halbjahr 1966 nur 42 Mill. DM, während es im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres 84 Mill. DM und im 1. Halbjahr 1964 sogar 108 Mill. DM gewesen waren. Hypothekendarlehen wurden in Höhe von nominell 37,1 Mill. DM erstmalig abgesetzt, jedoch nur 4,7 Mill. DM an Kommunalobligationen und 0,4 Mill. DM an Schiffspfandbriefen. Besonders der Erstabsatz von Kommunalobligationen ist stark zurückgegangen. Er spiegelt die angespannte Finanzlage der Gemeinden wider, die infolge der hohen Zinssätze und der schwächer steigenden Einnahmen sich nicht mehr im bisherigen Umfang verschulden können. Der Erstabsatz an Schiffspfandbriefen ist schon immer größeren Schwankungen unterlegen gewesen.

Erstabsatz von Schuldverschreibungen - 1 000 DM -

Zeitraum	Schuldverschreibungen insgesamt	davon		
		Hypothekendarlehen	Schiffspfandbriefe	Kommunalobligationen
1964				
1. Halbjahr	107 933	47 950	10 838	49 145
2. Halbjahr	93 548	77 823	582	15 143
zusammen	201 481	125 773	11 420	64 288
1965				
1. Halbjahr	83 893	71 158	2 652	10 083
2. Halbjahr	100 809	66 461	12	34 336
zusammen	184 702	137 619	2 664	44 419
1966				
1. Halbjahr	42 166	37 095	412	4 659

Sein Anstieg gegenüber dem 2. Halbjahr 1965 und sein starkes Absinken gegenüber dem 1. Halbjahr 1965 ist also nichts Besonderes. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Monate Juli bis Oktober 1966 scheint sich das Marktklima wieder zu verbessern.

Auch im Bundesgebiet gab es schwache Emissionserlöse. Hier waren jedoch die Erstverkäufe von Schuldverschreibungen im 1. Halbjahr 1966 mit 3,1 Mrd. DM nur um etwa ein Drittel geringer als im entsprechenden Zeitraum 1965. Anders als in Schleswig-Holstein, war der Anteil der erstmalig untergebrachten Kommunalobligationen (44%) beachtlich.

Um sich in der allgemeinen Marktschwäche behaupten zu können, sahen sich die Daueremittenten gezwungen, ihre Wertpapiere mit einem noch attraktiveren Zinssatz auszustatten als bisher. Infolgedessen entfielen in Schleswig-Holstein sieben Zehntel des Bruttoabsatzes auf 7%ige Schuldtitel, im Bundesgebiet belief sich der Anteil der höchstverzinslichen Werte sogar auf drei Viertel, während dieser Zinstyp im Jahre 1964 überhaupt nicht anzutreffen war.

Die Tilgungen aus dem Neugeschäft

Die Leistungsfähigkeit des Kapitalmarktes wird nicht allein durch den Erstabsatz bestimmt, sondern muß zusammen mit den Tilgungen bewertet werden. Im vergangenen Halbjahr haben die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein nur für 1,2 Mill. DM festverzinsliche Wertpapiere getilgt, darunter

1 Mill. DM Schiffspfandbriefe mit einem Zinssatz von 5 1/2%. Im 1. Halbjahr 1965 dagegen hatten die Rückzahlungen von Wertpapieren 18,1 Mill. DM betragen. Ein anderes Bild ergab sich im Bundesgebiet, da hier die Tilgungen von Pfandbriefen und Kommunalobligationen mit 639 Mill. DM eine Höhe erreichten, wie es seit der 1. Jahreshälfte 1964 nicht mehr der Fall war. Überwiegend handelte es sich um Kommunalobligationen mit einer kürzeren Laufzeit.

Der Umlauf an Schuldverschreibungen

Bedingt durch den mäßigen Nettoabsatz, erhöhte sich der Umlauf an Schuldverschreibungen der schleswig-holsteinischen Boden- und Kommunalkreditinstitute seit Januar 1966 um 3% und wurde Ende Juni 1966 mit 1 452 Mill. DM ausgewiesen. Demgegenüber hatten sich in den Vergleichszeiträumen der Jahre 1965 und 1964 Zuwachsraten von 5% und 10% ergeben.

Überdurchschnittlich dehnte sich das Volumen der umlaufenden Hypothekenspfandbriefe (+ 5%) aus, womit ihr Anteil an allen Schuldverschreibungen in den vergangenen 6 Monaten um 1 Punkt auf 57% vergrößert wurde. Als Folge des geringen Emissionserlöses sahen sich die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein wiederum veranlaßt, zusätzliche Finanzierungsmittel in Höhe von netto 54 Mill. DM hereinzunehmen, wenn auch die Nachfrage der Kreditnehmer auf Grund der hohen Zinsbelastung nur mäßig war. Hierdurch erhöhte sich der Bestand an Darlehen, für die Namensschuldverschreibungen hinterlegt wurden, um 4% auf 671 Mill. DM; bei den Darlehen gegen sonstige Sicherheiten (391 Mill. DM) ergab sich sogar eine Zuwachsrate von 7%.

Umlauf an Schuldverschreibungen

Art der Schuldverschreibung	Bestand am Monatsende			Veränderung	
	Juni 1965	Dezember 1965	Juni 1966	im 2. Halbjahr 1965	im 1. Halbjahr 1966
	1 000 DM			%	
Hypothekenspfandbriefe	731 191	790 753	831 109	+ 8	+ 5
Schiffspfandbriefe	191 057	193 068	192 992	+ 1	- 0
Kommunalobligationen	393 405	423 271	427 521	+ 8	+ 1
Insgesamt	1 315 653	1 407 092	1 451 622	+ 7	+ 3
Außerdem aufgenommene Darlehen gegen hinterlegte Namensschuldverschreibungen	577 814	642 166	670 733	+ 11	+ 4
sonstige Sicherheiten	364 332	365 735	391 262	+ 0	+ 7

Im Bundesgebiet wurden im gleichen Zeitraum der Gesamtumlauf an Inhaberschuldverschreibungen um knapp 4% und die zusätzlichen Fremdmittel - ohne durchlaufende Mittel - um 3% erweitert.

Die Neuausleihungen

In der Zeit von Januar bis Juni 1966 wurden von den Boden- und Kommunalkreditinstituten in Schleswig-Holstein Kredite in Höhe von 262 Mill. DM - ohne Einbeziehung der Rückflüsse - neu gewährt. Im Vergleich zum mageren Emissionserlös in der gleichen Zeit ist das Beleihungsgeschäft nicht ganz so unbefriedigend gewesen. Wenn auch das Ergebnis der Neuausleihungen erheblich unter dem des vorangegangenen Halbjahres lag, so war es dennoch günstiger als in den ersten Jahreshälften 1965 und 1964. Recht umfangreich waren die gegen Sicherung von Schiffs-

Bestand an langfristigen Ausleihungen

- einschl. durchlaufender Mittel -

Art der Darlehen	Bestand am Monatsende			Veränderung	
	Juni 1965	Dezember 1965	Juni 1966	im 2. Halbjahr 1965	im 1. Halbjahr 1966
	1 000 DM			%	
Hypotheken	724 662	792 188	847 964	+ 9	+ 7
darunter auf Wohnungsneubauten	460 039	512 808	563 821	+ 11	+ 10
landwirtschaftlichen Grundstücken	174 669	182 231	184 458	+ 4	+ 1
Kommunalanleihen	640 996	699 567	677 855	+ 9	- 3
Schiffshypotheken	700 173	737 361	767 986	+ 5	+ 4
Übrige langfristige Darlehen	809 019	885 104	936 447	+ 9	+ 6
darunter für Siedlungszwecke	624 570	642 706	666 584	+ 3	+ 4
Insgesamt	2 874 850	3 114 220	3 230 252	+ 8	+ 4

hypotheken gewährten Kredite, die mit 104 Mill. DM um 9% höher waren als im 2. Halbjahr 1965. Dagegen war der Einsatz an Kommunaldarlehen ohne die 11 Mill. DM Weiterausleihungen an Sparkassen und andere öffentlich-rechtliche Kreditanstalten mit 44 Mill. DM nur halb so hoch wie im Halbjahr zuvor. Im Bundesgebiet wurden im Berichtszeitraum für insgesamt 5,4 Mrd. DM Direktkredite gewährt, gegenüber 6,1 Mrd. DM im 1. und 7,5 Mrd. DM im 2. Halbjahr 1965.

Der Darlehensbestand

Der Gesamtbestand an langfristigen Ausleihungen betrug Ende Juni 1966 3,2 Mrd. DM - einschl. 800 Mill. DM durchlaufender Mittel - und war somit um 116 Mill. DM höher als zu Jahresbeginn. Die sich hieraus ergebende Zuwachsrate von 4% wurde zwar im Bundesdurchschnitt (+ 9%) übertroffen, es muß jedoch beachtet werden, daß dort das Geschäfts-

volumen der ehemaligen Deutschen Siedlungsbank (etwa 4 Mrd. DM) erstmalig einbezogen wurde. Die Entwicklung ist also im Bundesgebiet nicht ganz echt.

Der Bestand der Hypotheken auf schleswig-holsteinischen Wohnungsneubauten nahm um 51 Mill. DM auf 564 Mill. DM zu. Darunter befinden sich jedoch 22 Mill. DM, die durch eine Umsetzung aus dem mittelfristigen Kreditgeschäft eines Berichtsinstitutes entstanden sind. Bei den Kommunaldarlehen wurde mit einem Bestand von 678 Mill. DM erstmals eine Abnahme festgestellt, sie erlitten einen Substanzverlust von 22 Mill. DM und waren damit um 3% niedriger als am Jahresende 1965.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Realkreditinstitute in Schleswig-Holstein 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964, S. 233 (September)

Die landesunmittelbaren Krankenkassen 1961 bis 1965

Mitglieder- und Personalbestand sowie Leistungsfälle

Mitgliederbestand

Die Gesamtzahl der Mitglieder aller landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins - bis Ende 1964 waren es 57 Kassen, dann schied eine Betriebskrankenkasse aus - belief sich im Jahresdurchschnitt 1965 auf 738 000 ohne mitversicherte Familienangehörige. Rechnet man entsprechend einer Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung für das gesamte Bundesgebiet die Familienangehörigen mit 75% der Mitglieder dazu, sind in Schleswig-Holstein 1 1/4 Millionen Personen oder 50% der Bevölkerung von den landesunmittelbaren Krankenkassen betreut worden. Die Mitgliederzahl aller landesunmittelbaren Kassen ist seit 1961 um 2 700 oder 0,4% gesunken.

1965 entfielen bei Aufgliederung nach Kassenarten 613 000 Mitglieder (83%) auf die Orts-, 55 000 (7%) auf die Land-, 24 000 (3%) auf die Betriebs- und 46 000 (6%) auf die Innungskrankenkassen. Die Anteilsätze von Orts- und Betriebskrankenkassen veränderten sich in den Jahren von 1961 bis 1965 nur unwesentlich; die Innungskrankenkassen konnten ihren Anteil jedoch um 1,2 Punkte erhöhen, und die Landkrankenkassen verloren 1,2 Punkte, was einer Zu- und Abnahme von 9 000 Mitgliedern entsprach.

Der Mitgliederbestand aller Kassen, nach der Versicherungsart gegliedert, umfaßte im Durchschnitt des Jahres 1965 441 000 Pflichtmitglieder (60%), 190 000 pflichtversicherte Rentenbezieher und -bewerber (26%) und 107 000 freiwillige Mitglieder (14%). Die Zahl der Pflichtmitglieder, die sich in den Jahren 1962 bis 1964 auf über 444 000 belief, sank 1965 um 3 000. Trotz steigender Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte und vermehrten Einsatzes ausländischer Arbeiter konnte der Schwund der Pflichtmitglieder nicht ausgeglichen werden. Die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze vom 1.9.1965 auf 900 DM, die grundsätzlich zu einem Ansteigen der Pflichtmitgliederzahl führt, hat sich auf die Durchschnittszahl des Jahres 1965 noch nicht sichtbar ausgewirkt. Stattdessen stieg seit 1963 die Zahl der Rentner um 2 600 und die der freiwilligen Mitglieder um 1 500, ohne allerdings die Zahlen von 1961 zu erreichen oder wesentlich zu übertreffen. Infolge der steigenden Verdienste dieser Jahre hat also ein größerer Personenkreis die seit dem 1.10.1957 bestehende Versicherungspflichtgrenze von 660 DM überschritten und ist zum Teil zu den freiwilligen Mitgliedern hinübergewechselt.

Unter den Pflichtmitgliedern aller Kassenarten belief sich 1965 die Gruppe der Mitglieder

Mitglieder nach Kassen- und Versicherungsart

Kassenart/Versicherungsart	1961	1965	Zu- oder Abnahme in %
Alle Kassen			
Pflichtmitglieder	443 258	441 042	- 0,5
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	382 325	371 093	- 2,9
Rentenbezieher und -bewerber	190 138	189 552	- 0,3
Freiwillige Mitglieder	107 040	107 177	+ 0,1
Ortskrankenkassen			
Pflichtmitglieder	355 878	360 388	+ 1,3
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	310 279	308 065	- 0,7
Rentenbezieher und -bewerber	174 574	170 291	- 2,5
Freiwillige Mitglieder	83 489	82 263	- 1,5
Landkrankenkassen			
Pflichtmitglieder	35 598	25 746	- 27,7
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	33 325	23 850	- 28,4
Rentenbezieher und -bewerber	10 066	11 394	+ 13,2
Freiwillige Mitglieder	17 942	17 663	- 1,6
Betriebskrankenkassen			
Pflichtmitglieder	19 698	16 444	- 16,5
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	16 153	11 264	- 30,3
Rentenbezieher und -bewerber	3 799	4 906	+ 29,1
Freiwillige Mitglieder	2 365	2 897	+ 22,5
Innungskrankenkassen			
Pflichtmitglieder	32 084	38 464	+ 19,9
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	22 568	27 914	+ 23,7
Rentenbezieher und -bewerber	1 699	2 961	+ 74,3
Freiwillige Mitglieder	3 244	4 354	+ 34,2

mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen - es handelt sich um die Arbeiter - auf 371 000 (84%). Hiervon waren 83% (308 000) bei den Ortskrankenkassen versichert.

Bei den Ortskrankenkassen hat sich gegenüber 1961 die Zahl der Pflichtmitglieder erhöht, die der Rentner und freiwilligen Mitglieder jedoch vermindert. Gleichwohl betreuten die Ortskrankenkassen neun Zehntel aller pflicht-versicherten Rentner. Trotz der Zunahme der Pflichtmitglieder insgesamt hatte die Gruppe der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen einen Rückgang zu verzeichnen; statt 310 000 im Jahre 1961 umfaßte sie 1965 nur noch 308 000 Mitglieder. Immerhin waren damit noch mehr als fünf Sechstel aller Ortskrankenkassen-Pflichtmitglieder Arbeiter. Bei den Innungskrankenkassen hat sich sowohl die Zahl der Pflichtmitglieder als auch die der Rentner und freiwilligen Mitglieder vermehrt, wobei die Rentner gegenüber 1961 mit 74% Zuwachs die stärkste relative Veränderung überhaupt zu verzeichnen hatten; der Bestand der freiwilligen Mitglieder hob sich gegenüber diesem Jahr um 34%. Die Betriebskrankenkassen mußten in dieser Zeit bei den Pflichtmitgliedern einen relativen Verlust von 17%, bei den Pflichtmitgliedern mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen sogar

einen solchen von 30% hinnehmen, während ihr Bestand an Rentnern und freiwilligen Mitgliedern um 29 bzw. 22% stieg. Bei den Landkrankenkassen gingen die Pflichtmitglieder um 28% und die freiwilligen Mitglieder um 2% zurück, wohingegen die Zahl der Rentner um 13% stieg. Für die Landkrankenkassen war der hohe Anteil von freiwilligen Mitgliedern (32%) bezeichnend, während die Orts-, Betriebs- und Innungskassen nur einen solchen Anteil von 13, 12 und 10% hatten.

Drei Fünftel aller Mitglieder waren Männer, zwei Fünftel Frauen. Dieses Verhältnis änderte sich in den Jahren von 1961 bis 1965 nicht. In den Betriebs- und Innungskrankenkassen gab es 1961 viermal soviel männliche wie weibliche Mitglieder, in den Landkrankenkassen doppelt so viele und in den Ortskrankenkassen ein gutes Drittel mehr Männer als Frauen. 1965 hatten sich die Verhältnisse etwas geändert, und zwar ging jetzt bei den Ortskrankenkassen die Zahl der Männer um fast 40% über die der Frauen hinaus, dagegen kamen bei den Betriebskrankenkassen auf ein weibliches Mitglied nur noch drei männliche.

Bei den Pflichtmitgliedern aller Kassen überwogen 1965 die Männer, und zwar hatten sie einen Anteil von 71% aller Pflichtmitglieder. Bei den Rentnern hatten die Frauen den größeren Anteil mit 60%; auf 100 freiwillige Mitglieder entfielen 57 Männer und 43 Frauen. Die männlichen Pflichtmitglieder sind im Laufe der Berichtsjahre mehr, die weiblichen weniger geworden. Der Anteil der Männer stieg von 70 auf 71%, der der Frauen fiel von 30 auf 29%. Bei den Rentnern verlief die Entwicklung umgekehrt. Die männlichen freiwilligen Mitglieder konnten ihren Anteil um 3 Punkte vergrößern, während der Anteil der Frauen um diese Punktzahl sank.

Mitglieder nach dem Geschlecht

	1961	1965
Alle Mitglieder	740 436	737 771
Männer } in %	60,2	60,9
Frauen } in %	39,8	39,1
Pflichtmitglieder	443 258	441 042
Männer } in %	69,7	70,8
Frauen } in %	30,3	29,2
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen		
Männer } in %	382 325	371 093
Frauen } in %	69,8	71,6
	30,2	28,4
Rentenbezieher und -bewerber	190 138	189 552
Männer } in %	41,5	40,4
Frauen } in %	58,5	59,6
Freiwillige Mitglieder	107 040	107 177
Männer } in %	53,9	56,9
Frauen } in %	46,1	43,1

Die durchschnittliche Zahl der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen (Arbeiter) setzte sich 1965 zu 72% aus Männern und zu 28% aus Frauen zusammen; sie hat sich während der Berichtszeit, soweit es Männer waren, um 1 100 oder 0,4% auf 266 000 und, soweit es die Frauen betraf, um 10 200 oder 9% auf 105 300 vermindert. Die Zahl der Mitglieder ohne sofortigen Anspruch auf Barleistungen hat sich demgegenüber bei den Männern um 10%, bei den Frauen um 25% erhöht.

Auch bei den freiwilligen Mitgliedern ist die Erfassung nach dem Barleistungsanspruch statistisch durchgeführt, wobei der größere Teil (92%) ohne sofortigen Barleistungsanspruch versichert war. Lediglich bei den Innungskrankenkassen waren es nur 71%. Unter den freiwilligen Mitgliedern ohne einen solchen Anspruch befanden sich 54% Männer und 46% Frauen.

Die Tabelle über den Altersaufbau der Mitglieder am 1. Oktober 1965 zeigt, daß die Altersgruppe der männlichen Pflichtmitglieder von 25 - 35 Jahren mit 28% am stärksten und daß die Gruppe von 35 - 45 Jahren mit 17% auch noch stark besetzt war. Bei den Frauen befanden sich in beiden Gruppen fast gleichviele Pflichtmitglieder, nämlich jeweils 20%, aber mit dem Akzent auf der zweiten Gruppe; auch die Gruppe von 45 - 55 Jahren war hier noch mit 19% sehr stark besetzt. In der Gruppe von 55 - 65 Jahren waren dagegen wieder die Männer anteilmäßig stärker vertreten als die Frauen (16% : 13%).

Die Pflichtmitglieder mit sofortigem Barleistungsanspruch (Arbeiter) konzentrierten sich am stärksten in der Altersgruppe von 25 - 35 Jahren mit 32% Männern und 22% Frauen. Auch die folgenden Gruppen von 35 - 45 und 45 - 55 Jahren wiesen hier eine relativ stärkere Besetzung auf als bei allen Pflichtmitgliedern zusammen. Dagegen ent-

fielen auf die Gruppe unter 20 Jahren bei den Männern nur 4% Pflichtmitglieder mit Barleistungsanspruch gegenüber 12% aller Pflichtmitglieder und bei den Frauen nur 9% gegenüber 14%. Der Anteil derer, die 65 Jahre und darüber waren, blieb bei beiden Mitgliederarten am niedrigsten, nämlich 3% Männer und 1% Frauen.

Die männlichen Rentner waren zu 75% und die weiblichen zu 59% über 65 Jahre alt; in den Altersgruppen unter 55 Jahren befanden sich nur 11% Männer und 17% Frauen. Die freiwilligen Mitglieder verteilten sich etwas gleichmäßiger über die ganze Altersskala, doch lag auch hier der Schwerpunkt in den höheren Altersgruppen. 45 Jahre und darüber waren 58% Männer und 83% Frauen.

In den einzelnen Kassenarten ergaben sich Unterschiede in der Altersstruktur der Mitglieder. Bei den Innungskrankenkassen war der Anteil der jüngeren Pflichtmitglieder unter 25 Jahren infolge der großen Zahl der Lehrlinge größer als in den anderen Kassenarten. Vor allem die weiblichen Pflichtmitglieder vereinigten in der Altersgruppe bis unter 20 Jahre 42% aller weiblichen Pflichtmitglieder gegenüber 14% bei allen Kassenarten zusammen, in der Altersgruppe von 20 - 25 Jahre 24% gegenüber 13%. Dafür waren hier die höheren Altersgruppen weniger stark besetzt als im Schnitt aller Kassenarten. So kamen auf die Altersgruppe von 55 - 65 Jahre bei den Innungskrankenkassen nur 9% der männlichen Pflichtmitglieder, während alle Kassenarten zusammen 16% hatten, und nur 4% weibliche gegenüber 13%. Die Erscheinung erstreckt sich bei den Frauen auch auf die Altersgruppen von 35 - 55 Jahre, wo sie 12 bis 13% weniger als im Durchschnitt aller Kassen hatten.

Bei den Betriebskrankenkassen lagen die Verhältnisse umgekehrt. Gegenüber dem Durchschnitt aller Kassenarten war ihr Anteil an jüngeren männlichen Pflichtmitgliedern in beiden Gruppen unter 25 Jahre bis zu 7% kleiner, ihr Anteil an älteren Mitgliedern von 35 Jahren an jeweils 7% größer. Auch die Altersstruktur ihrer weiblichen Pflichtmitglieder zeigte den umgekehrten Aufbau wie die Innungskrankenkassen, d.h. die jüngeren Pflichtmitglieder waren hier weniger stark (7 Punkte), die älteren stärker (6 Punkte) vertreten als die entsprechende Altersgruppe aller vier Kassenarten zusammen.

Kassengröße und Personalbestand

Die durchschnittliche Kassengröße war bei den einzelnen Kassenarten sehr verschieden; die durchschnittliche Mitgliederzahl je Kasse betrug bei den

Die Pflichtmitglieder nach dem Alter
- Stichtag: 1. Oktober 1965 -

Altersgruppe	Pflichtmitglieder		darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Insgesamt	315 138	126 946	266 378	102 376
davon in %				
unter 20 Jahre	11,6	14,4	3,6	9,5
20 bis 25 "	13,0	12,6	14,2	13,0
25 " 35 "	28,0	19,8	31,8	21,5
35 " 45 "	16,5	20,1	17,9	21,3
45 " 55 "	12,7	18,6	13,2	19,5
55 " 65 "	15,7	13,1	16,5	13,7
65 Jahre und darüber	2,5	1,4	2,7	1,5

	1961	- 1965
23 Ortskrankenkassen	26 700	26 700
12 Landkrankenkassen	5 300	4 600
14/13 Betriebskrankenkassen	1 800	1 900
8 Innungskrankenkassen	5 300	5 700

Bei sämtlichen Kassenarten zusammen lag die durchschnittliche Mitgliederzahl je Kasse in beiden Jahren bei 13 200.

Auf die Land-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die fast ausnahmslos zur Gruppe der kleineren Kassen gehörten und sechs Zehntel aller vorhandenen landesunmittelbaren Krankenkassen ausmachten, entfielen nur 17% sämtlicher Mitglieder (ohne Familienangehörige); die 23 Ortskrankenkassen, die dagegen 83% aller Mitglieder zu den ihren zählten, waren also entsprechend größer. Am Jahresende 1965 hatte jede Ortskrankenkasse bis auf 3 mehr als 10 000 Mitglieder, die größte, nämlich die Kieler, rund 91 000. Von den übrigen Kassenarten erreichten nur eine Land- und eine Innungskrankenkasse die Größenordnung von 10 - 20 000 Mitgliedern. Die 3 größten Ortskrankenkassen Kiel, Lübeck und Pinneberg vereinigten auf sich zusammen rund 230 000 Mitglieder, das sind fast zwei Fünftel aller Ortskrankenkassenmitglieder und fast ein Drittel aller Mitglieder der landesunmittelbaren Kassen überhaupt.

Der Personalbestand der landesunmittelbaren Krankenkassen Schleswig-Holsteins hat sich in der fünfjährigen Berichtszeit um 121 (8%) auf 1 695 am Jahresende 1965 erhöht. Hiervon entfielen gut neun Zehntel auf das Verwaltungspersonal, der Rest auf Krankenbesucher, Fürsorger und übriges Personal. 13 sonstige Personen waren wöchentlich mindestens 10 Stunden gegen eine besonders vereinbarte Vergütung für die Krankenkassen tätig. Die Hälfte aller Bediensteten waren Tarif-Ange-

stellte, 31% Beamte und dienstordnungsmäßige (DO-) Angestellte und 8% Arbeiter; den Rest bildeten Lehrlinge, Anwärter und Anlernlinge.

Während sich die Zahl der Tarif-Angestellten seit 1961 um 92 auf 842, also um mehr als ein Zehntel, vermehrt hat, ist die Zahl der Beamten und DO-Angestellten um 7 auf 524 gesunken. Obwohl sich der Mitgliederbestand der Ortskrankenkassen gegenüber 1961 um 1 000 vermindert hat, ist der Personalbestand um 122 Bedienstete, meist Tarif-Angestellte für den Verwaltungsdienst, gewachsen. Entsprechend dem Abgang von Personal bei den Landkrankenkassen (23) hat das Personal der Innungskrankenkassen um 20 und das der Betriebskrankenkassen um 2 zugenommen. 1965 hatte ein Bediensteter des 1 282 Personen starken Verwaltungsdienstes der Ortskrankenkassen 480 Mitglieder zu betreuen gegenüber 450 bei den Landkrankenkassen und 500 bei den Innungskrankenkassen; Die Betriebskrankenkassen stellten ebenfalls für 480 Mitglieder eine Verwaltungskraft. Die Ortskrankenkassen, die 83% aller Mitglieder auf sich vereinigten, beschäftigten auch 83% des Verwaltungspersonals aller Kassen.

Die Personalstruktur war bei den vier Kassenarten verschieden. 437 Beamte und DO-Angestellte, d. h. mehr als 83%, waren 1965 bei den Ortskrankenkassen beschäftigt, 57 bei den Land-, 26 bei den Innungs- und 4 bei den Betriebskrankenkassen. Das machte einen Anteil am Gesamtpersonal der Ortskrankenkassen von 31% aus, bei den Landkassen 43%, den Innungskassen 27% und den Betriebskassen 7%. Der Anteil des Nachwuchses (Lehrlinge, Anwärter, Anlernlinge) am Gesamtpersonal war bei drei Kassenarten etwa gleich groß (12%), bei den Betriebskrankenkassen betrug er nur 7%.

Das Personal der Krankenkassen

Kassenart		Personal insgesamt	davon				
			Verwaltungs- personal	darunter			Kranken- besucher, Fürsorger, übriges Personal
				Beamte und DO-Angestellte	Tarif- Angestellte	Lehrlinge, Anwärter, Anlernlinge	
Alle Kassen	1961	1 574	1 441	524	738	177	133
	1965	1 695	1 545	519	825	198	150
Ortskrankenkassen	1961	1 292	1 176	442	585	147	116
	1965	1 414	1 282	432	682	166	132
Landkrankenkassen	1961	155	143	59	68	16	12
	1965	132	122	57	49	16	10
Betriebskrankenkassen	1961	52	50	4	45	1	2
	1965	54	50	4	42	4	4
Innungskrankenkassen	1961	75	72	19	40	13	3
	1965	95	91	26	52	12	4

Leistungsfälle

Bei allen Kassen zusammen haben sich im Jahre 1965 gegenüber 1961 Rückgänge in der Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage sowie der Krankenhausfälle und -tage ergeben. Das ist beachtlich, wenn man bedenkt, daß 1965 in stärkerem Maße als 1961 die Arbeitsmarktreserven ausgeschöpft und daher auch Kräfte mit schlechterer gesundheitlicher Konstitution beschäftigt waren.

Die Arbeitsunfähigkeitsfälle der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder sind von 387 000 im Jahre 1961 auf 384 000 im Jahre 1965 gesunken. Diese Zahl schwankte; 1962 wurden 419 000 Fälle und 1964 364 000 gezählt. Der Rückgang kam auf das Konto der männlichen Mitglieder, bei den weiblichen haben sich dagegen die Arbeitsunfähigkeitsfälle um über 1 000 vermehrt.

Die Krankheitshäufigkeit, d. h. die Arbeitsunfähigkeitsfälle auf 100 Mitglieder bezogen, erreichte in den einzelnen Jahren von 1961 bis 1965 bei allen Kassen zusammen folgende Stände: 70, 76, 72, 66, 70. Sie war 1965 bei den Landkrankenkassen mit 35 Fällen am niedrigsten, bei den Betriebskrankenkassen mit 84 Fällen am höchsten. In allen Berichtsjahren kamen in jeder der vier Kassenarten bei den Frauen weniger Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder vor als bei den Männern, ausgenommen bei den Betriebskrankenkassen im Jahre 1965.

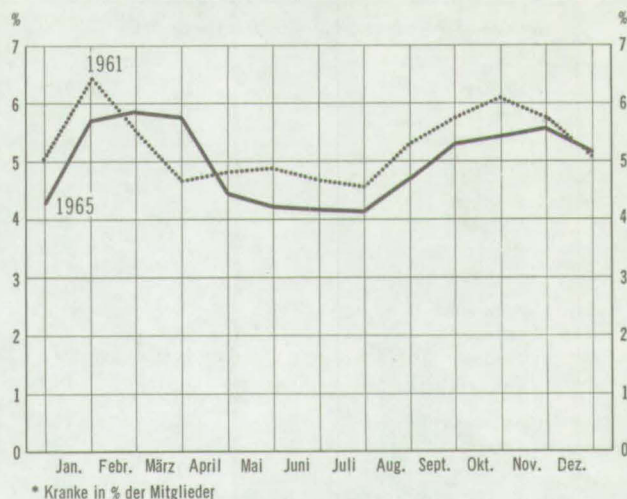
Bei den Pflichtmitgliedern mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen (Arbeiter), bei denen die Erfassung vollständig ist, weil alle Krankheitsfälle gemeldet werden, entfielen

Arbeitsunfähigkeitsfälle nach Mitglieder- und Kassenart

Mitgliederart, Geschlecht, Kassenart	1961	1965
Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 Mitglieder der jeweiligen Mitgliedergruppe		
Pflichtmitglieder		
Männer	85,9	83,3
Frauen	81,6	85,5
insgesamt	84,6	83,9
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen		
Männer	90,1	87,2
Frauen	88,0	93,5
zusammen	89,5	89,0
Freiwillige Mitglieder		
Männer	11,7	14,1
Frauen	10,0	12,0
insgesamt	11,0	13,2
Mitglieder zusammen	70,3	70,1
davon in Ortskrankenkassen	73,9	73,5
Landkrankenkassen	38,9	34,9
Betriebskrankenkassen	82,6	84,4
Innungskrankenkassen	65,8	64,1

D - 3729

Krankenstand* der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen



auf 100 männliche Arbeiter 87, auf 100 weibliche im Durchschnitt aller Kassenarten 93, bei den Betriebskrankenkassen allein sogar 108 Arbeitsunfähigkeitsfälle.

Der Krankenstand der Pflichtmitglieder mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen - arbeitsunfähige Kranke am Monatsersten je 100 Mitglieder - lag im Durchschnitt des Jahres 1965 mit 4,98 niedriger als im Jahre 1961 mit 5,29. 1964 war er sogar auf 4,58 gesunken.

Die ausgewiesenen Arbeitsunfähigkeitsfälle verursachten 1961 8,46 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage, 1965 8,42 Millionen (- 0,5%). Wären nicht seit August 1961 die kurzfristigen Arbeitsunfähigkeitsfälle mit nur zweitägiger Dauer und die über ein halbes Jahr dauernden Fälle in die Statistik einbezogen worden, wäre die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage vermutlich noch weiter abgesunken. Ein Arbeitsunfähigkeitsfall dauerte in jedem der beiden Vergleichsjahre bei Männern 22 und bei Frauen 23 Tage. Für freiwillige Mitglieder ergab sich eine längere Krankheitsdauer je Fall als für die Pflichtmitglieder; hier belief sie sich 1965 auf 22 Tage, bei den freiwilligen Mitgliedern auf 27 Tage. Der deutliche Unterschied im Krankheitsbild beider Versichertengruppen kann aus der Verschiedenartigkeit ihrer Altersstruktur und Berufstätigkeiten, ihrer Versicherungsgewohnheiten (Risikoverteilung durch Abschluß einer Krankenhausversicherung) und ihrer inneren Einstellung zur Krankheit resultieren. Bei den Innungskrankenkassen war die Krankheitsdauer durchschnittlich am kürzesten (18 Tage), bei den Landkrankenkassen am längsten (23 Tage). Auf dem Lande wird man also - wie sich oben zeigte - seltener, dafür aber länger krank.

Dauer der Arbeitsunfähigkeit nach Mitglieder- und Kassenart

Mitgliederart, Geschlecht, Kassenart	1961	1965
Arbeitsunfähigkeitstage je Arbeitsunfähigkeitsfall		
Pflichtmitglieder		
Männer	21,5	21,3
Frauen	22,4	22,7
Insgesamt	21,7	21,7
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen		
Männer	22,0	21,7
Frauen	22,6	22,8
zusammen	22,2	22,0
Freiwillige Mitglieder		
Männer	26,7	27,4
Frauen	26,9	27,6
Insgesamt	26,8	27,4
Mitglieder zusammen	21,9	21,9
davon in Ortskrankenkassen	22,1	22,2
Landkrankenkassen	21,5	22,8
Betriebskrankenkassen	22,6	22,7
Innungskrankenkassen	19,0	18,1

1961 war im Durchschnitt jedes männliche Mitglied (ohne Rentner) 16 Tage arbeitsunfähig krank, jedes weibliche 14; für 1965 errechnen sich für beide Geschlechter durchschnittlich 15 Tage Arbeitsunfähigkeit.

Unter den Arbeitsunfähigkeitsfällen der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder gab es 1965 44 000 Krankenhaussfälle (1961 = 48 000). Das entspricht für 1965 einem Anteil an den Arbeitsunfähigkeitsfällen von 11,4% gegenüber 12,4% für 1961. Von allen Arbeitsunfähigkeitsfällen sind demnach fast neun Zehntel ambulant behandelt worden. Von den 70 Arbeitsunfähigkeitsfällen je 100 Mitglieder, die im Jahre 1965 anfielen, waren 8 Krankenhaussfälle, und zwar bei den Männern 7, bei den Frauen 10. Im Jahre 1961 hatte es auf 100 männliche Mitglieder 7,9 Krankenhaussfälle, auf 100 weibliche 10,3 gegeben, bei Männern und Frauen zusammen 8,7.

Die Zahl der Krankenhaustage lag 1961 bei 985 000, 1965 bei 904 000. Der einzelne Krankenhaussfall dauerte im Durchschnitt sowohl 1961 als auch 1965 bei den Männern 21 Tage, bei den Frauen 20 Tage. Bei den Mitgliedern der Innungskrankenkassen dauerte 1965 ein Krankenhaussfall 18 Tage, bei den Betriebs- 19, bei den Orts- 21 und bei den Landkrankenkassen 22 Tage. Da die Frauen 1965 je 100 Mitglieder 204 Krankenhaustage aufwiesen (1961 = 205), während die Männer nur auf 147 (bzw. 166) kamen, und da die Frauen je Krankenhaussfall kürzer (1961 = 1 Tag weniger als die Männer) im Krankenhaus waren als die Männer, ergibt sich, daß sie pro Jahr öfter im Krankenhaus gewesen sein müssen als die Männer, obwohl der Krankenhausaufenthalt anlässlich von Entbindungen hier nicht mitgezählt ist.

Bei den Pflichtmitgliedern war die Krankheitshäufigkeit größer als bei den freiwilligen Mit-

gliedern, was daran liegt, daß die freiwilligen Mitglieder zum größten Teil nicht in einem abhängigen Arbeitsverhältnis stehen und daher nicht arbeitsunfähig krank gemeldet werden. Auf 100 Pflichtmitglieder kamen 1965 84 Arbeitsunfähigkeitsfälle, bei 100 freiwilligen Mitgliedern nur 13. Dagegen lagen die Krankenhaussfälle je 100 Pflichtmitglieder niedriger, d.h. bei 7,8, während die freiwilligen Mitglieder 8,8 Krankenhaussfälle je 100 freiwillige Mitglieder hatten. Die Frauen hatten bei beiden Mitgliedergruppen die größere Zahl von Krankenhaussfällen, die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle war dagegen bei den weiblichen freiwilligen Mitgliedern geringer als bei den männlichen. Sowohl bei den Pflicht- als auch bei den freiwilligen Mitgliedern schnitten die Landkrankenkassen, was die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle betrifft, am besten ab (53 bzw. 8). Auf jeden Arbeitsunfähigkeitsfall kamen 1965 bei den Pflichtmitgliedern 22 Arbeitsunfähigkeitstage, bei den freiwilligen Mitgliedern dagegen 27. Je 100 Pflichtmitglieder ergaben sich 1965 152 Krankenhaustage, je 100 freiwillige Mitglieder 219. Je Krankenhaussfall machte das für Pflichtmitglieder 19 Krankenhaustage, für freiwillige Mitglieder 25 aus. Diese Unterschiede hängen mit der Alters- und Beschäftigungsstruktur der beiden Mitgliederarten zusammen.

Außer den Krankenhaussfällen und -tagen für Mitglieder wurden 1965 noch 39 300 Krankenhaussfälle mit 734 000 Tagen für deren Familienangehörige gezählt.

Neben den Krankenhaussfällen der Pflicht- und freiwilligen Mitglieder gab es 1965 noch 27 000 Krankenhaussfälle bei Rentnern und 4 200 Fälle bei den Familienangehörigen von Rentnern. Bei den pflichtversicherten Rentnern (ohne Familienangehörige) wurde 1965 eine fast doppelt so

Krankenhaustage nach Mitglieder- und Kassenart

Mitgliederart, Geschlecht, Kassenart	1961	1965
Krankenhaustage je 100 Mitglieder der jeweiligen Mitgliedergruppe		
Pflichtmitglieder		
Männer	166,7	143,1
Frauen	188,5	172,3
Insgesamt	173,3	151,6
darunter mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen		
Männer	175,1	151,1
Frauen	194,1	179,9
zusammen	180,9	159,2
Freiwillige Mitglieder		
Männer	161,4	164,0
Frauen	251,7	291,8
Insgesamt	203,0	219,1
Mitglieder zusammen	179,0	164,8
davon in Ortskrankenkassen	185,9	171,4
Landkrankenkassen	169,3	148,6
Betriebskrankenkassen	155,2	143,6
Innungskrankenkassen	123,5	122,3

hohe Zahl von Krankenhausfällen je 100 Rentner (14,3) festgestellt wie bei den Mitgliedern ohne Rentner; 1961 waren es nur 12 Anstaltsfälle im Verhältnis zu 8,7 gewesen. Die Zahl der Krankenhaustage je 100 Rentner ist von 323 im Jahre 1961 auf 388 im Jahre 1965 gestiegen; auf einen Rentner entfielen 2,8 mal soviel Krankenhaustage wie auf ein Pflichtmitglied. In beiden Jahren ergaben sich bei den Rentnern 27 Krankenhaustage je Krankenhausfall. Das übertraf die Dauer der stationären Krankenhausfälle bei den freiwilligen Mitgliedern um zwei Tage. Bei den freiwilligen Mitgliedern und den pflichtversicherten Rentnern verblieben die Frauen länger im Krankenhaus als die Männer, da es sich häufig um alleinstehende alte Frauen handelt, die zu Hause nicht hinreichend gepflegt werden können. Die durchschnittliche Verweildauer der Rentner war bei den Landkrankenkassen mit 30 Tagen am längsten.

1965 wurden 51 000 Leistungsfälle von Zahnersatz und kieferorthopädischer Behandlung bei den Mitgliedern ohne Rentner gezählt, bei den Pflichtmitgliedern allein 40 000. Für Familienangehörige aller Mitglieder ohne Rentner ergaben sich zusätzlich 20 000 Leistungsfälle der genannten Art, für Familienangehörige von Pflichtmitgliedern allein 15 000. Die Rentner erhielten in 16 300 Fällen diese Leistungen, ihre Familienangehörigen in 3 400 Fällen.

Die Zahl der Wochenhilfsfälle der weiblichen Mitglieder, die 1961 8 400 betragen hatte, sank 1965 auf 8 300, bei den Familienangehörigen der Mitglieder gab es 1965 14 200 Wochenhilfsfälle gegenüber 12 600 im Jahre 1961. Die Zahl der Wochenhilfsfälle von Mitgliedern (ohne Rentner) und Familienangehörigen je 100 Mitglieder belief sich 1965 auf 4, und zwar bei den Land- und Innungskrankenkassen auf 5, bei den Betriebskrankenkassen auf 3 und bei den Ortskrankenkassen auf 4. Auf 100 weibliche freiwillige Mitglieder kamen 1965 nur 2,4 Wochenhilfsfälle, auf 100 Rentner nur 0,1. Auffällig hoch lag die Zahl der Wochenhilfsfälle je 100 weibliche freiwillige Mitglieder bei den Innungskrankenkassen mit 12,5.

Die Zahl der Sterbegeldfälle der Mitglieder ohne Rentner ist von 3 700 im Jahre 1961 auf 4 000 im Jahre 1965 gestiegen, die Zahl von Sterbegeldfällen der Familieangehörigen dagegen von 1 700 auf 1 500 gesunken. Die Häufigkeit der Sterbegeldfälle von 1965 war, bedingt durch die unterschiedliche Altersstruktur, bei den Rentnern mit 6 je 100 am höchsten, bei den freiwilligen Mitgliedern lag sie bei 2,4 und bei den Pflichtmitgliedern bei 0,3 je 100 Mitglieder der entsprechenden Gruppe.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Soziale Krankenversicherung 1960 und 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 354 (November)

Kurzberichte

Soziale Rentenversicherung 1962 bis 1965

Diese Darstellung hat die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zum Gegenstand. Die knappschaftliche Rentenversicherung spielt in Schleswig-Holstein keine Rolle. Die Versicherung der selbständigen Handwerker, die bis Ende 1961 von der Angestelltenversicherung durchgeführt und mit Wirkung vom 1. 1. 1962 der Rentenversicherung der Arbeiter übertragen wurde, ist in den Angaben dieser beiden Rentenarten jeweils mit enthalten. Für die Altershilfe der Landwirte liegen hier keine Angaben vor. Da die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte ab 1. März 1966 ihre Nachweisungen nicht mehr nach Landesversicherungsanstalten gegliedert herausgibt und daher die Rentenzahlungen für Angestellte nicht mehr länderweise angegeben werden können, fällt die Beschreibung dieses Stoffgebietes in den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein künftig fort.

Die Gesamtzahl der Renten hat sich nach dem Kriege sowohl in der Bundesrepublik als

auch in Schleswig-Holstein stetig erhöht. Das ist auch in der Berichtszeit so geblieben. Während 1962 in Schleswig-Holstein im Durchschnitt der 12 Monate 322 000 Sozialrenten liefen, waren es 1965 337 000, was einer Zunahme von 4,6% entspricht.

Dabei entwickelten sich die einzelnen Rentenarten unterschiedlich: von 1962 bis 1965 stieg sowohl die Zahl der Versichertenrenten als auch die der Witwen- und Witwerrenten, während die der Waisenrenten fiel.

Auf 100 Arbeiterrenten kamen

	1962	1965
Versichertenrenten	60	62
Witwen- und Witwerrenten	34	34
Waisenrenten	6	5

Auf 100 Angestelltenrenten entfielen

	1962	1965
Versichertenrenten	54	55
Witwen- und Witwerrenten	37	39
Waisenrenten	9	6

Entwicklung der Rentenbestände und Renten 1962 und 1965 gegenüber 1958 in Meßzahlen (1958 = 100)

Jahr	Arbeiterrenten				Angestelltenrenten			
	Insgesamt	davon			Insgesamt	davon		
		Versichertenrenten	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten		Versichertenrenten	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten
	Rentenbestand							
1962	103	113	108	50	107	117	116	61
1965	107	121	112	39	113	126	128	43
	Durchschnittliche Jahresrente							
1962	131	135	136	62	142	144	148	75
1965	173	179	183	60	194	197	211	68
	Durchschnittliche Monatsrente							
1962	127	120	126	123	132	123	128	124
1965	161	148	162	155	171	156	165	157

Auch der Rentenaufwand Schleswig-Holsteins wuchs von 1962 bis 1965, und zwar im Verhältnis zum Rentenbestand viel stärker, nämlich bei Arbeiter- und Angestelltenrenten zusammen von 649 Mill. DM auf 868 Mill. DM oder um 34%. Daß der prozentuale Anstieg des Rentenaufwandes gegenüber 1962 gut siebenmal so groß war wie der des Rentenbestandes, entspricht einer schon in den Vorjahren beobachteten Erscheinung.

Auf die einzelnen Rentenarten wurden 1965 folgende Beträge ausgezahlt: in der Arbeiterrentenversicherung für Versichertenrenten 372 Mill. DM (1962 : 281), für Witwen- und Witwerrenten 157 Mill. DM (118), dagegen für Waisenrenten nur 10,9 Mill. DM (11,2), d. h. zusammen 540 Mill. DM gegenüber 410 Mill. DM im Jahre 1962; in der Angestelltenversicherung für Versichertenrenten 220 Mill. DM (161), für Witwen- und Witwerrenten 101 Mill. DM (71), dagegen für Waisenrenten nur 5,9 Mill. DM (6,6), d. h. zusammen 328 Mill. DM gegenüber 239 Mill. DM im Jahre 1962.

Die durchschnittliche Rentenhöhe pro Jahr ist ebenfalls von 1962 auf 1965 gestiegen. Sie betrug im Durchschnitt aller Renten 2 574 DM, nachdem sie 1962 nur 2 013 DM erreicht hatte, war aber für die beiden Versicherungszweige verschieden hoch, und zwar für die Angestelltenversicherung 3 511 DM (2 707 DM), für die Arbeiterrentenversicherung 2 216 DM (1 752 DM).

Die durchschnittlichen Monatsbeträge der Renten erreichten 1965 bei den Versicherten der Arbeiterrentenversicherung eine Höhe von 207 DM gegenüber 167 DM im Jahre 1962, bei den Witwen- und Witwerrenten 159 DM (124 DM) und bei den Waisen 79 DM (63), bei den Versicherten der Angestelltenversicherung dagegen 357 DM (1962 = 283 DM), bei den Witwen und Witwern 233 DM (181 DM) und bei den Waisen 87 DM (69 DM).

Zusammenfassend ist festzustellen, daß wiederum wie in den Vorjahren die Angestelltenversicherung relativ stärker belastet wurde: ihre Ausgaben stiegen um 37%, während sich der Aufwand der Arbeiterrentenversicherung nur um 32% erhöhte. Dieser Unterschied wurde auch nicht dadurch aufgehoben, daß der Zuwachs an Angestelltenrenten größer war (5,7%) als der der Arbeiterrenten (4,2%). Der Zahl und dem Aufwande nach waren bei beiden Rentenarten lediglich die Waisenrenten rückläufig; der Abgang dürfte zum großen Teil auf Kriegsfolgenrenten zurückzuführen sein, deren Bezieher die Altersgrenze für Rentenbezug überschritten hatten. Demgegenüber ist die Zahl der Versichertenrenten sowie der Witwen- und Witwerrenten weiter gestiegen.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Soziale Rentenversicherung 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 278 (September)

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft 1 . Januar 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966				
		Monats- Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 423	2 433	2 435	2 437	2 466	2 468	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 785	1 338	1 798	1 384	2 828	1 447	1 476	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,8	6,7	8,7	6,9	13,5	7,1	7,0	...	
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 726	3 852	3 415	3 385	3 942	3 830	3 763	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,5	19,3	16,5	16,9	18,8	18,9	18,0	...	
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 495	2 239	2 405	2 610	2 218	2 216	2 293	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,4	11,2	11,6	13,0	10,6	10,9	10,9	...	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	75	61	75	74	68	63	80	...	
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,2	15,8	22,0	21,9	17,3	16,4	21,3	...	
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 231	1 613	1 010	775	1 724	1 614	1 470	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,1	8,1	4,9	3,9	8,2	8,0	7,0	...	
Wanderungen											
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 694	6 856	9 392	7 061	7 526	7 116	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 151	6 764	7 837	6 367	5 797	6 905	
* Wanderungsgewinn		260	1 543	92	1 555	694	1 729	211	
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 641	8 502	11 282	10 122	9 008	8 968	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 487	22 122	28 511	23 550	22 331	22 989	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	164	153	193	168	150	158	
Arbeitslage											
* Arbeitslose	1 000	50	8	5	5	8	5	5	7	11	
darunter * Männer	1 000	31	6	3	3	5	3	3	4	7	
Offene Stellen	1 000	5	19	21	20	17	22	20	15	11	
darunter für Männer	1 000	3	10	11	11	9	11	10	8	5	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 379 ^a	
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	505 ^a	
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 701 ^a	1 801	.	.	.	1 767	.	.	
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	181	.	.	.	174	.	.	
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	103 ^a	111	.	.	.	108	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	21	23	30	31	33	36	48	45	
* Kälber	1 000 St.	5	3	2	3	3	3	3	3	3	
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	156 ^c	139	149	166	156	146	162	167	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	11 ^c	2	5	22	2	2	6	19	
* Gesamtschlachtgewicht											
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	17,7	17,7	19,7	19,9	21,3	21,2	25,0	23,6	
darunter											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	4,8	5,5	7,0	7,0	7,2	8,2	11,2	10,3	
* Schweine	1 000 t	5,9	12,6	11,9	12,4	12,7	13,6	12,7	13,5	13,1	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder	kg	223	238	237	244	250	224	230	243	243	
Kälber	kg	49	61	66	59	58	63	57	51	54	
Schweine	kg	89	87	87	86	88	88	88	87	89	
Milcherzeugung											
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	169	115	107	126	162	121	113	129	
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	90	88	88	92	90	88	88	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,6	8,0	7,2	8,7	10,4	8,0	7,2	8,5	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes
umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch
ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1964/65 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	179	179	179	180	180	179	...
darunter *Arbeiter 8)	1 000	136	140	141	141	141	141	140	139	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	23 185	24 122	23 923	23 767	22 971	23 922	23 642	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	98,8	101,4	99,5	105,3	112,9	109,5	105,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	37,5	37,7	37,5	41,2	41,8	41,4	41,5	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	55	51	61	59	47	50	56	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	8 869	9 484	8 468	6 842	11 023	10 962	10 085	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	77	73	84	87	75	71	77	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	118	120	127	127	124	127	135	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	36	35	42	42	37	39	44	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	746	793	808	811	811	832	838	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	92	108	104	104	130	91	108	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1958=100	100	137	144	147	146	136	147	150	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		100	154	195	188	128	186	194	191	...
Hochofen- und Stahlwerke		100	91	87	80	84	81	87	92	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		100	146	151	151	145	142	142	131	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		100	222	228	229	231	180	210	198	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		100	109	118	109	103	99	106	102	...
papierherzeugenden Industrie		100	131	132	133	131	128	134	147	...
Schiffbaues		100	70	71	76	76	69	77	80	...
Maschinenbaues		100	138	137	133	148	107	126	151	...
elektrotechnischen Industrie		100	133	140	151	163	129	146	148	...
feinmechanischen und optischen Industrie		100	182	210	170	230	179	203	193	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		100	177	187	200	195	202	212	217	...
ledererzeugenden Industrie		100	54	52	56	55	27	26	24	...
Schuhindustrie		100	107	114	126	113	104	96	95	...
Textilindustrie		100	98	110	112	115	91	106	97	...
Bekleidungsindustrie		100	120	138	133	122	117	141	133	...
Fleischwarenindustrie		100	186	193	204	213	165	194	207	...
fischverarbeitenden Industrie		100	130	140	157	154	133	167	160	...
Meiereien und milchverarbeitenden Industrie		100	131	85	73	101	105	81	74	...
Bauhauptgewerbe		100	133	155	158	114	144	151	153	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	Mai 1956=100	-	105	106
*Umsatz	Vj.-Ø 1955=100	-	235	268
darunter *Handwerkumsatz	Vj.-Ø 1955=100	-	223	259
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	141	136	126	146	131	138	157	...
Stromverbrauch ¹²⁾	Mill. kWh	143	279	278	292	320	295	296	316	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	20	16	19	26	18	19	20	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) einschl. Verluste

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	67 971	69 379	68 787	67 720	67 553	66 587	65 788	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 534	11 472	11 236	7 994	10 898	10 914	10 614	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 960	4 700	4 574	3 317	4 535	4 628	4 477	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 978	4 896	4 763	3 316	4 623	4 546	4 473	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	50,0	60,2	59,0	43,0	60,9	61,0	58,1	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,1	4,2	4,1	4,5	4,5	4,5	4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	147,6	175,7	177,8	167,8	183,0	194,7	183,2	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	1 100	1 179	1 070	1 100	849	1 115	856	734
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	169	212	168	161	173	204	199	161
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	128,9	157,2	137,7	114,7	117,0	132,6	124,6	116,2
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	95,5	110,2	100,8	88,4	81,1	97,2	78,2	82,6
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 395	1 728	1 437	1 254	1 158	1 427	1 370	1 158
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	934	1 069	963	864	726	899	716	737
*Wohnungen		2 109	2 535	2 841	2 685	2 045	1 921	2 331	1 752	2 192
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 263	2 530	2 453	1 843	1 646	2 046	1 513	1 979
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 447	1 459	1 822	2 120	1 818	1 586	2 232	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 214	6 252	7 558	9 208	7 249	6 957	8 934	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 266	718	3 560	5 205	496	1 741	2 860	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	694	826	308	859	973	1 030	3 391	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	19 951	21 913	19 306	16 532	22 958	25 098	22 997	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	36 510	40 544	47 030	41 376	31 338	35 790	38 760	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	113,3	121,6	146,6	95,7	129,5	101,7	153,7	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	12,2	10,3	14,0	19,5	10,0	7,3	13,3	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	101,1	111,3	132,6	76,2	119,5	94,5	140,4	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	2,9	2,7	3,8	2,7	3,4	3,4	3,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	9,3	11,5	10,2	10,4	11,6	10,0	13,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	88,9	97,1	118,5	63,2	104,5	81,1	123,4	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	5,9	6,9	7,5	6,8	6,1	7,2	7,9	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	82,9	90,1	111,0	56,3	98,4	73,9	115,5	...
* Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	25,8	26,2	30,3	30,6	29,3	29,0	33,8	...
darunter Italien	Mill. DM	1,7	6,6	7,4	9,2	9,7	6,6	6,6	10,1	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	9,0	8,6	9,8	8,8	10,7	10,7	11,4	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	43,9	33,7	81,3	33,9	31,0	35,9	68,3	...
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	9,6	8,2	7,5	10,4	9,3	13,5	10,2	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	7,2	5,6	6,1	5,1	4,7	6,4	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	12,7	2,0	51,1	2,3	2,3	2,4	32,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	6,8	5,6	7,4	5,8	4,0	5,2	8,1	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	160	176	110	72	380	189 p	108	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	21	14	7	44	21 p	13	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 073	1 251	405	224	4 036	1 441 p	421	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	38	40	25	12	100	40 p	24	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1965	1965			1966			
			Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	217	219	214	209	263	253	258	...
*Güterversand	1 000 t		195	354	433	396	303	424	385	433	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
darunter											
Krafträder (einschl. Motorroller)			227	13	7	9	1	13	7	4	...
*Personenkraftwagen			2 107	4 507	4 417	4 958	3 994	3 660	4 411	4 087	...
*Kombinationskraftwagen			175	475	415	516	420	273	396	364	...
*Lastkraftwagen			293	393	431	430	368	340	392	333	...
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 044	1 187	1 156	1 018	1 303	1 210	p 1 214	p 1 278
*Getötete Personen			40	56	54	77	52	74	58	p 76	p 85
*Verletzte Personen			1 130	1 403	1 576	1 549	1 337	1 784	1 579	p 1 572	p 1 713
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		3 105 ^d	8 273 ^d	7 998	8 122	8 208	8 821	8 893
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 076 ^d	2 060	2 070	2 067	2 134	2 155
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 047 ^d	2 051	2 054	2 037	2 107	2 143
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	6 197 ^d	5 938	6 052	6 141	6 687	6 738
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	5 296 ^d	5 091	5 176	5 253	5 731	5 776
*Einlagen von Nichtbanken											
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM		2 067 ^d	5 053 ^d	4 872	4 881	4 961	5 415	5 403
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	1 875 ^d	1 854	1 837	1 901	1 971	1 931
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 573 ^d	1 527	1 573	1 615	1 650	1 592
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	3 178 ^d	3 018	3 044	3 060	3 445	3 472
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 123 ^d	2 023	2 036	2 045	2 274	2 290	2 308	2 312
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	624 ^d	590	597	600	695	702
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	162	137	146	143	169	156
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	125	106	120	128	129	128
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			9	8	6	7	7	12	16	12	11
Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			2	1	-	1	-	1	1	-	2
Wechselproteste											
Anzahl			636	778	742	804	847	892	963
Wert	1 000 DM		465	935	893	1 098	938	1 173	1 457
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	76 420	119 082	52 282	62 023	57 243	125 780	57 537	61 670
darunter											
*Vermögensteuer	1 000 DM		1 463	2 921	659	449	7 814	8 185	510	462	8 838
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	8 835	8 925	9 225	8 309	8 963	9 673	10 161	9 103
*Biersteuer	1 000 DM		420	721	847	921	768	975	913	990	785
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	59 214	104 099	37 214	40 330	34 448	110 717	41 916	38 777
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	154 810	187 621	144 730	149 794	136 662	190 225	146 771	136 049
darunter											
*Umsatzsteuer	1 000 DM		26 688	48 411	52 164	53 876	51 633	54 000	56 053	56 289	53 069
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM		3 113	4 725	5 035	4 779	5 792	4 960	5 183	4 681	4 672
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 427	1 599	1 590	1 543	1 664	1 644	1 769	1 600
*Zölle	1 000 DM		7 838	7 074	7 203	6 793	8 625	7 671	5 352	6 109	5 431
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 359	55 308	55 064	53 892	56 416	46 342	51 205	51 122	46 485
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	34 219	35 196	35 393	34 659	34 059	38 054	36 608	31 160
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	37 858	66 555	23 792	25 785	22 024	70 787	26 799	24 792
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	7	2	7	1	2	2	2	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	5 436	1 921	3 168	10 797	7 211	1 545	2 771	10 328
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	97 072	170 655	61 006	66 115	56 472	181 504	68 715	63 569
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	43 631	52 358	55 870	52 976	53 984	59 929	66 004	57 832
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	41 819	91 772	4 115	7 131	2 366	96 982	3 218	3 618
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	1 011	173	385	2 144	480	0	37	614
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 322	10 612	26 352	635	3 864	358	24 594	545	1 505

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1965	1965			1966			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Steuern										
Gemeindesteuerereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	98 929 ⁺	98 592 ^e	.	.	.	100 854 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 240 ⁺	6 828 ^e	.	.	.	7 430 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 118 ⁺	18 034 ^e	.	.	.	17 272 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	81 ⁺	6 ^e	.	.	.	2 ^e	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	68 004 ⁺	66 046 ^e	.	.	.	67 757 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	7 647 ⁺	7 689 ^e	.	.	.	8 397 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 181 ⁺	6 567 ^e	.	.	.	8 725 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100	100,2	99,9	100,3	101,5	101,7	100,8	p 100,9	...
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1958=100	100	106,7	106,8	106,9	107,0	108,9	p 108,8	p 109,1	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	106,2	106,8	107,3	107,4	107,3	106,9	p 106,5	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	104,0	104,4	104,7	104,6	105,8	105,7	105,7	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	114,3	115,0	116,0	111,1	p 111,0	p 109,1	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	114,6	.	.	115,7	119,2
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	107,7 ^g	106,7	106,7	106,7	109,5	109,6	108,9	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	115	116	116	116	119	119	119	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	109,0	109,5	109,7	110,3	112,8	112,6	112,8	113,5
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	109,0	109,4	109,2	110,2	111,3	110,7	110,6	...
Kleidung, Schuhe		.	107,1	107,5	108,1	108,5	110,6	111,1	111,4	...
Wohnungsmieten		.	118,5	119,6	120,7	120,9	130,7	131,1	132,7	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	106,1	106,4	107,3	107,6	106,8	107,5	108,6	...
Übrige Waren u. Dienstleistungen f. d. Haushaltsführung		.	106,2	106,8	107,1	107,2	108,6	108,6	108,7	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	211	.	218
darunter Facharbeiter	DM	124	224	.	232
*weiblich	DM	68	125	.	128
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,58	.	4,69
darunter Facharbeiter	DM	2,59	4,88	.	5,01
*weiblich	DM	1,53	3,00	.	3,05
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,9	.	46,6
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,8
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	42,3	.	45,4
*weiblich	Std.	41,4	37,4	.	40,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 020	.	1 042
*weiblich	DM	382	666	.	682
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 148	.	1 160
*weiblich	DM	403	687	.	708
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	897	.	927
*weiblich	DM	331	557	.	573
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 019	.	1 033
weiblich	DM	(259)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	934	.	962
*weiblich	DM	347	588	.	604
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 138	.	1 150
*weiblich	DM	391	687	.	709

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.7. - 30.9. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000		in 1 000					
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1962	2 341	9,7	17,6	11,9	13	9	992	134	389	217	253
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen ²⁾				
	Schüler am 2. 5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt ³⁾				Netto-Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	6 679
1962	224	41	33	12 167	10,3	5 197	9 382	9 452
1963	225	41	32	13 091	7,6	5 538	9 724	10 146
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 100	7,9	5 850	10 100	...
1965	225	41	34	27	44	22	7	15 500	9,5	6 390

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 5)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner 4)			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794	516
1962	1 306	478	1 655	4 265	356	2 307	1 902	4 076	1 263	768	448
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch				Index der industr. Produk- tion 8) 1958=100
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl			
				ins- gesamt	schwer							
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		1 000 t				
1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378		100	64 755
1962	176	143	290	934	315	7 446	868	745	670	593	124	67 565
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	129	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	132	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	137	70 015

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) 1963 und 1964 vorläufige Ergebnisse 3) 1965 erste vorläufige Ergebnisse 4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 7) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 8) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt; einschl. Energie und Bau 9) bis einschl. 1962 Stichtag = 31. 7.; ab 1962 einschl. unbezahlte mithelfende Familienangehörige

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. 9. 1966			Bevölkerungsveränderung im September 1966			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Nov. 1966 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	96 807	+ 0,1	+ 0,4	46	75	121	37	3	45
KIEL	269 159	- 0,1	- 0,3	94	- 299	- 205	152	1	195
LÜBECK	242 342	+ 0,1	+ 1,0	111	181	292	134	9	191
NEUMÜNSTER	74 138	- 0,1	- 0,8	10	- 88	- 78	53	1	62
Eckernförde	71 011	+ 0,2	+ 2,0	50	63	113	41	3	64
Eiderstedt	19 743	- 0,1	+ 1,0	22	- 46	- 24	4	-	5
Eutin	94 233	- 0,1	+ 0,9	56	- 141	- 85	40	1	53
Flensburg-Land	70 683	+ 0,1	+ 1,6	48	1	49	38	2	46
Hzgt. Lauenburg	139 201	+ 0,0	+ 1,0	50	- 49	1	67	6	76
Husum	65 570	+ 0,2	+ 0,6	62	89	151	45	3	65
Norderdithmarschen	60 084	+ 0,1	+ 1,7	52	- 18	34	38	6	57
Oldenburg (Holstein)	85 447	- 0,3	+ 2,0	51	- 291	- 240	35	5	44
Pinneberg	253 726	+ 0,2	+ 3,8	270	310	580	127	10	150
Plön	116 421	+ 0,1	+ 1,5	115	54	169	50	5	67
Rendsburg	164 458	+ 0,1	+ 0,9	89	22	111	88	8	121
Schleswig	99 641	+ 0,2	+ 0,6	51	99	150	37	6	51
Segeberg	107 544	+ 0,3	+ 2,6	76	286	362	86	2	142
Steinburg	126 684	+ 0,0	+ 0,9	87	- 40	47	61	6	78
Stormarn	167 614	+ 0,3	+ 3,9	134	441	575	86	5	125
Süderdithmarschen	73 772	+ 0,1	+ 0,3	57	32	89	32	2	43
Südtondern	69 688	- 0,6	+ 3,2	83	- 470	387	27	1	33
Schleswig-Holstein	2 467 966	+ 0,1	+ 1,4	1 614	211	1 825	1 278	85	1 713

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1966		
	Betriebe am 31. 10. 1966	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1966 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Oktober 1966 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31. 10. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 6. 1966					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	66	6 667	71	38,0	35	2 630	18 499	16 040	166
KIEL	174	32 238	120	82,2	498	1 924	52 678	45 666	169
LÜBECK	158	34 606	142	138,8	23 742	6 311	44 953	37 430	155
NEUMÜNSTER	59	11 170	161	39,1	656	772	14 493	12 396	167
Eckernförde	37	1 793	25	5,9	20	358	16 386	11 916	168
Eiderstedt	10	481	24	2,3	25	29	4 731	3 449	175
Eutin	48	4 179	46	19,5	734	518	20 767	16 046	171
Flensburg-Land	29	754	10	2,8	101	232	19 292	13 699	194
Hzgt. Lauenburg	102	8 822	65	33,9	435	1 590	30 833	23 374	168
Husum	23	1 391	21	6,0	3	108	16 445	11 694	179
Norderdithmarschen	34	1 593	25	4,4	29	238	14 533	10 449	175
Oldenburg (Holstein)	29	1 446	17	7,4	449	651	18 685	13 387	157
Pinneberg	263	24 618	96	136,4	689	8 502	52 876	43 577	173
Plön	54	2 699	23	15,1	294	607	26 890	19 705	170
Rendsburg	100	9 080	56	38,2	1 568	2 219	37 895	28 050	171
Schleswig	42	3 905	36	33,1	5 151	4 290	24 545	17 800	180
Segeberg	91	5 428	49	26,0	116	1 792	29 208	20 914	196
Steinburg	94	10 524	84	56,4	18 228	18 476	27 849	20 698	164
Stormarn	126	11 723	72	105,2	450	2 057	37 555	30 263	182
Süderdithmarschen	34	4 538	62	42,0	2 506	23 667	17 527	12 552	171
Südtondern	13	1 002	15	5,6	-	117	16 800	12 161	175
Schleswig-Holstein	1 586	178 657	73	838,2	55 729	77 088	543 440	421 266	171

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 9. 1966

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30.6. 1966			Offene Stellen am 31. 10. 1966 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 25. 9. 1966 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1966			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 9. 1966	Rindvieh am 3. 6. 1966	
		VZ 1939	30. 6. 1965							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
									in 1 000		
Schleswig-Holstein	2 459	+ 54,8	+ 1,5	15	17	113	88	7,2	1 767	1 507	503
Hamburg	1 851	+ 8,1	- 0,3	20	27	1	...	7,4	29	20	7
Niedersachsen	6 954	+ 53,2	+ 0,9	41	79	268	...	8,3	5 077	2 863	1 039
Bremen	746	+ 32,5	+ 1,1	7	9	1	...	8,4	11	18	5
Nordrhein-Westfalen	16 813	+ 40,9	+ 0,9	120	404	218	...	8,8	3 420	1 984	781
Hessen	5 218	+ 50,0	+ 1,5	47	150	113	...	9,6	1 406	939	392
Rheinland-Pfalz	3 603	+ 21,7	+ 1,0	17	43	82	...	8,9	809	777	303
Baden-Württemberg	8 523	+ 55,6	+ 1,8	75	348	229	...	8,9	1 960	1 869	825
Bayern	10 186	+ 43,8	+ 1,3	71	197	545	...	9,0	3 874	4 329	1 982
Saarland	1 132	+ 24,4	+ 0,7	3	23	10	...	9,8	75	72	31
Berlin (West)	2 191	- 20,4	- 0,5	19	18	1	...	13,4	.	-	-
Bundesgebiet	59 676	+ 38,8	+ 1,1	436	1 313	1 580	...	8,7	18 428 ^a	14 380 ^a	5 868 ^a

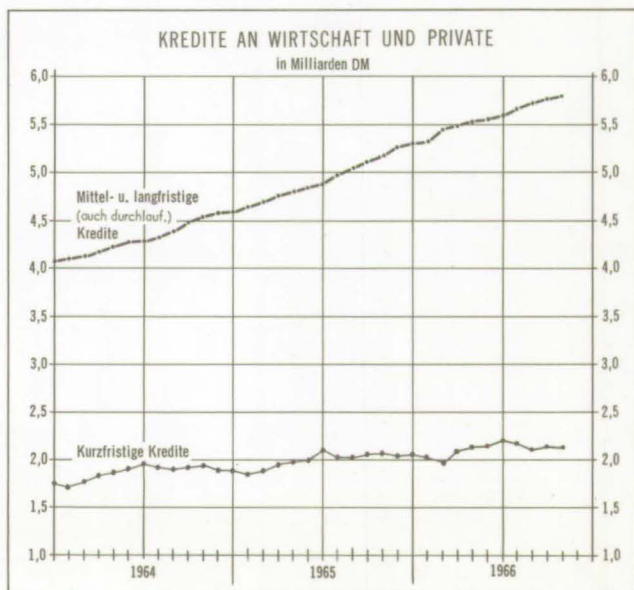
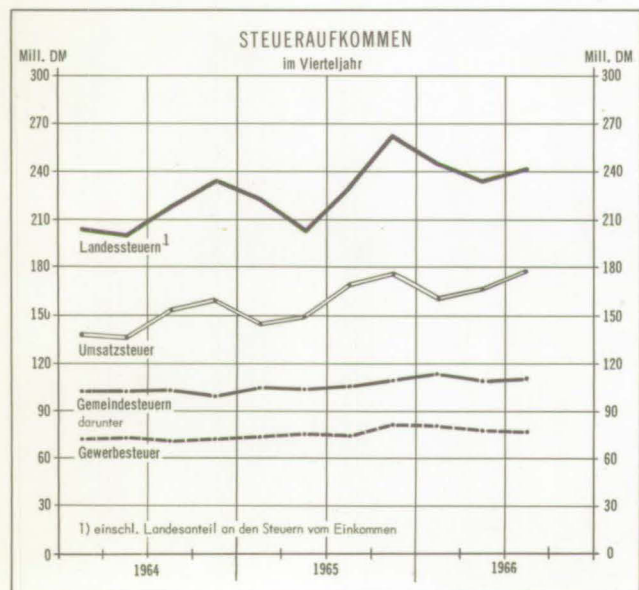
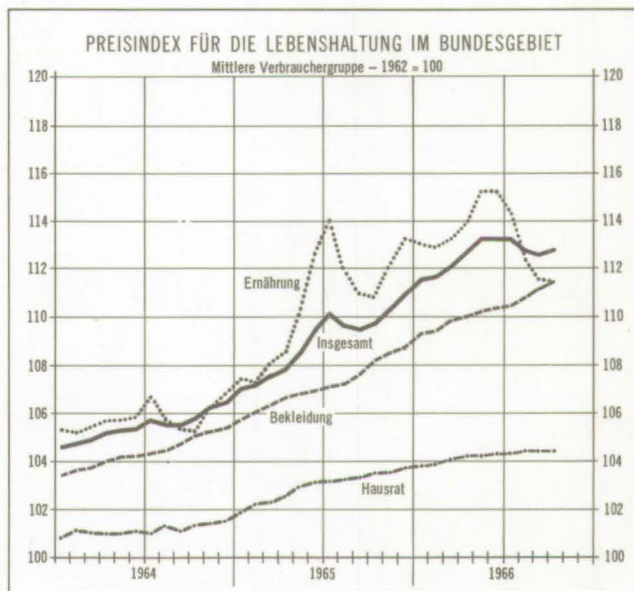
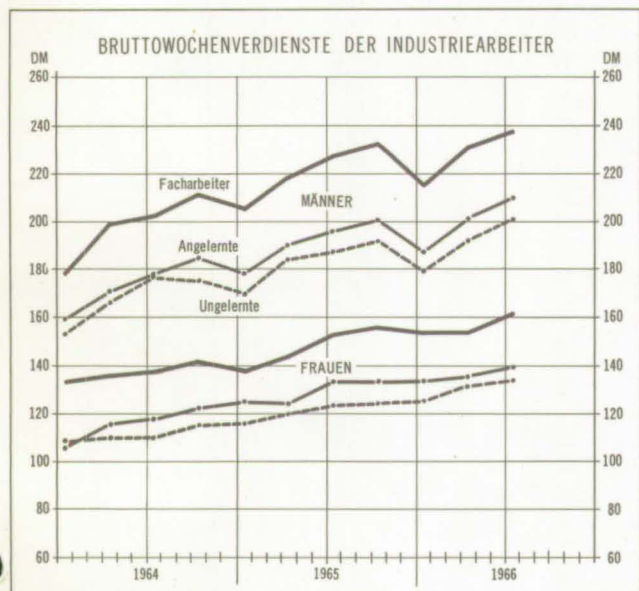
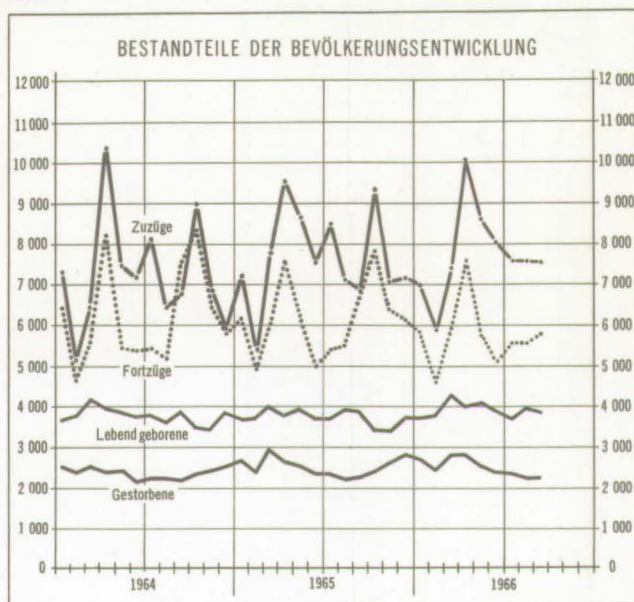
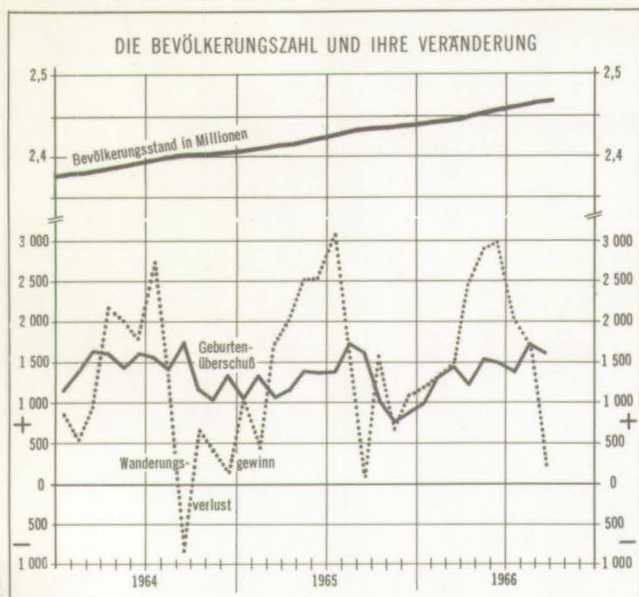
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im September 1966			
	Beschäftigte		Umsatz im August 1966		Produktions- index ²⁾ 1958=100 im August 1966	Beschäftigte am 31. August 1966		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 8. 1966	je 1 000 Einw. am 30. 6. 1966	Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	180	73	811	16,0	135,5	68	27	2 331	9,6	1 586	6,5
Hamburg	217	118	1 353	11,5	.	49	26	853	4,6	1 470	7,9
Niedersachsen	763	110	3 301	21,2	.	198	28	6 538	9,4	5 555	8,0
Bremen	100	134	518	13,9	.	23	31	648	8,7	905	12,2
Nordrhein-Westfalen	2 779	166	10 334	16,5	125,8	427	25	12 925	7,7	8 736	5,2
Hessen	714	137	2 487	18,7	162,0	154	29	5 161	10,0	3 641	7,0
Rheinland-Pfalz	389	108	1 554	17,5	190,0	96	27	2 580	7,2	2 288	6,4
Baden-Württemberg	1 513	178	5 080	16,7	127,3	249	29	8 577	10,2	11 320	13,4
Bayern	1 322	129	4 314	13,9	.	310	30	9 479	9,4	7 838	7,8
Saarland	169	150	456	28,9	.	29	25	618	5,5	868	7,7
Berlin (West)	281	129	1 049	11,8	.	48	22	1 452	6,6	1 162	5,3
Bundesgebiet	8 426	141	31 255	16,6	142,6	1 649	28	51 162	8,6	45 369	7,7

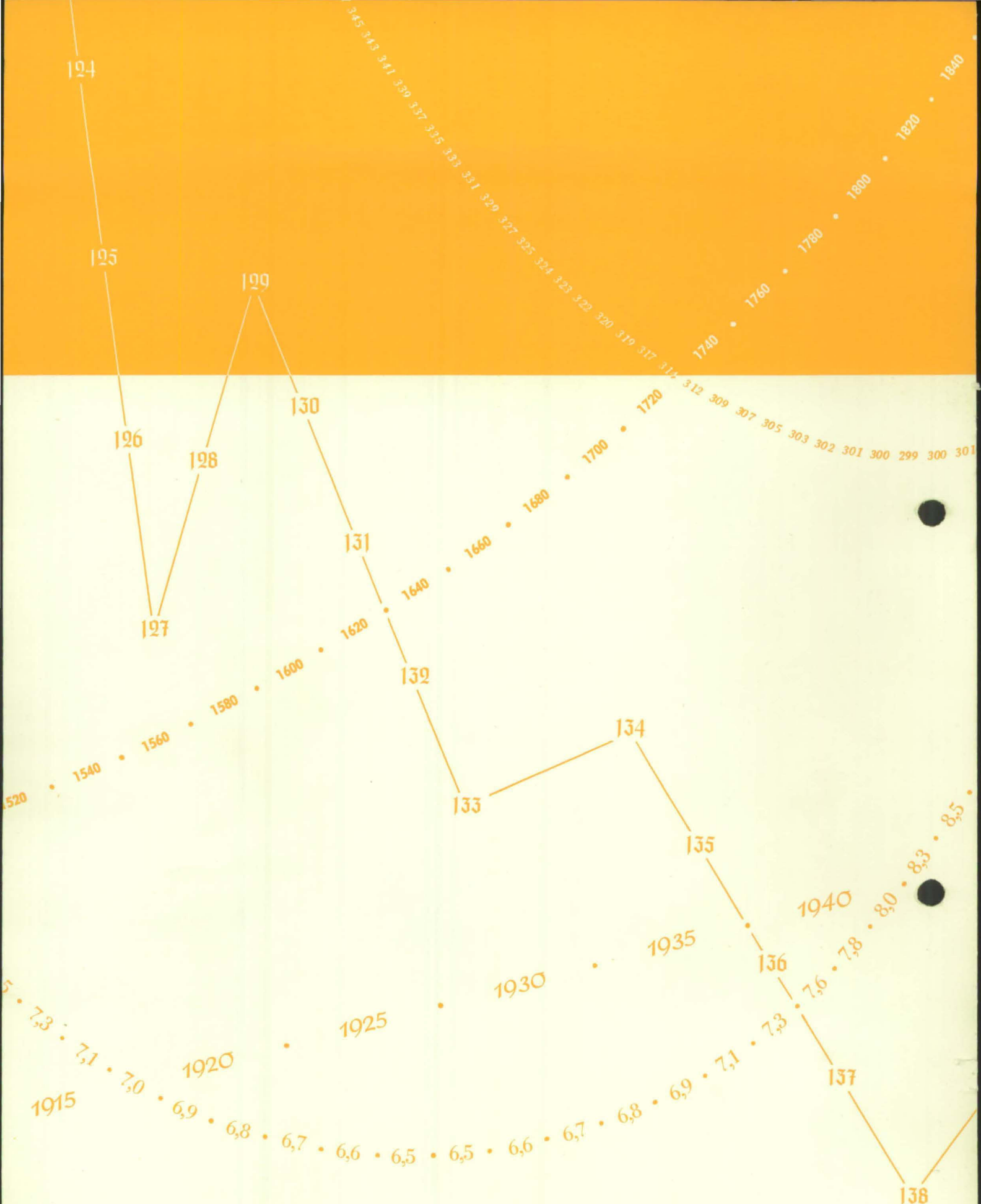
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1965			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im September 1966				Bestand an Spar-einlagen ⁶⁾ am 30. 9. 1966 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1966		
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes-7)	Bundes-7)	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einw.								
									in 1 000		
Schleswig-Holstein	498	374	154	1 205	58	1 571	135	1 412	99	194	...
Hamburg	372	322	174	973	20	1 247	130	2 597	281	1 099	...
Niedersachsen	1 429	1 059	154	3 624	241	4 867	141	1 736	115	197	...
Bremen	132	112	153	375	3	452	121	2 017	191	538	...
Nordrhein-Westfalen	3 117	2 537	153	7 603	358	10 121	138	2 033	160	267	...
Hessen	1 124	863	170	2 679	107	3 775	145	2 024	176	225	...
Rheinland-Pfalz	747	539	152	1 760	123	2 443	146	1 681	100	182	...
Baden-Württemberg	1 861	1 388	168	3 861	201	5 449	146	2 014	162	240	...
Bayern	2 308	1 609	161	4 952	253	6 934	145	1 911	131	199	...
Saarland	197	153	137	505	21	647	132	1 545	106	156	...
Berlin (West)	337	292	133	1 015	29	1 291	130	1 410	94	381	...
Bundesgebiet	12 122	9 248	158	28 552	1 414	38 797	141	1 912	146	263	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft 2) ohne Bau, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen 7) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten
 a) ohne Berlin

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen